:antifaschistische nachrichten

Nr. 21

g 3336 10.10.2002 18. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €

Mahnwache erinnerte an das Oktoberfest-attentat von 1980

MÜNCHEN. Zur Mahn- und Schutzwache zum Andenken an die Opfer der Attentats am 26. September 1980 auf dem Münchner Oktoberfest hatten in diesem Jahr der AStA der Geschwister-Scholl-Universität, der Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD, Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion München, der DFV, DIDF, FDJ, die Humanistische Union, die PDS München, der ver.di-Arbeitskreis Aktiv gegen Rechts, die ver.di-Jugend München und die VVN aufgerufen. Die Mahnwache wird seit 1983 am Jahrestag des faschistischen Oktoberfestanschlags durchgeführt. Sie ist eine der vielen Bemühungen von Münchner Antifaschisten und Gewerkschaftern, der Forderung nach Wahrheit und Konsequenzen Geltung zu verschaffen – auch gegen den Widerstand der staatlichen Stellen. Münchner Gewerkschafter und Antifaschisten bildeten 1981 eine Initiative „Dem Naziterror Einhalt gebieten", die am 26.9.1981 eine Demonstration durchführte; später organisierte die DGB-Jugend alljährlich den Fackelzug „Den Neonazis keine Chance". Ein 7 Tonnen schwerer Gedenkstein an der Stelle des Attentats war den Behörden 1981 ebenso ein Dorn im Auge wie die 1982 organisierte Kundgebung „Es klagen an", u.a. mit Ignaz Platzer, Vater zweier ermordeter Kinder: Sie wurde von der Stadt München verboten. Doch durch die Hartnäckigkeit der Veranstalter und die breite Solidarität konnte die Kundgebung 14 Tage später durchgeführt werden. 1983 kämpften die Opfer des Anschlags und ihr Anwalt Werner Dietrich um Akteneinsicht und um Wiederaufnahme der Ermittlungen. „Für uns steht fest, dass Gundolf Köhler kein Einzeltäter war. Die zahlreichen Widersprüche der Untersuchungen verlangen dringend eine Klärung." (Renate Martinez – Opfer des Anschlags). Doch sie fanden damit bei den entsprechenden Stellen kein Gehör.

dil ■



Antifaschistische Organisationen schließen sich zusammen

Rund 200 Delegierte der beiden antifaschistischen Vereinigungen VVN-BdA und VVdN-BdA haben am 4. Oktober 2002 in Berlin den Zusammenschluss ihrer beiden Verbände beschlossen.

Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN-BdA) erstreckte sich auf das Gebiet der alten Bundesrepublik, der Verband der ehemaligen Verfolgten und Widerstandskämpfer (VVdN-BdA) auf die neuen Bundesländer. Mit dem Zusammenschluss ist mit über 11.000 Mitgliedern die mitgliederstärkste Organisation von ehemaligen Verfolgten, Naziopfern, Widerstandskämpfern und AntifaschistInnen der nachfolgenden Generationen entstanden.

> „Es ist und bleibt unsere Aufgabe, die Vergangenheit nicht verblassen zu lassen, damit in Erinnerung bleibt, was Faschismus und Krieg bedeuten, wo sie ihre Wurzeln haben und wie sie zu verhindern sind. Die Erfahrungen der Vergangenheit lebendig zu erhalten, ist eine der wirksamsten Barrieren gegen die Rechtsentwicklung. Mit vereinten Kräften werden wir unserer besonderen Verantwortung noch wirkungsvoller nachkommen." *Alfred Hausser und Peter Gingold zur Vereinigung*

Dem neuen Vorstand gehören Paul Bauer, Dr. Hans Coppi, Alfred Dellheim, Prof. Dr. Ludwig Elm, Prof. Dr. Heinrich Fink, Prof. Dr. Gerhard Fischer, Peter Gingold, Dr. Regina Girod, Cornelia Kerth, Werner Pfennig und Dr. Ulrich Schneider an. Ehrenvorsitzende sind die ehemaligen Widerstandskämpfer Kurt Goldstein und Alfred Hausser, die bisherigen Ehrenvorsitzenden der beiden Verbände.

An der Konferenz nahmen auch Vertreter mehrerer in- und ausländischer Organisationen ehemals Verfolgter des NS-Regimes sowie Gäste aus bundesdeutschen Organisationen teil, unter ihnen auch das geschäftsführende Vorstandsmitglied der IG Metall, Horst Schmitthenner, der den Zusammenschluss begrüßte und weitere Zusammenarbeit und Unterstützung versprach.

Auf einer Podiumsdiskussion diskutierten Gäste aus England, Österreich, den Niederlanden und Ungarn über die Rechtsentwicklung in Europa.

Anträge lagen insbesondere zu den aktuellen Anforderungen des Kampfes gegen Neofaschismus, Rassismus und Antisemitismus sowie gegen deutsche Kriegsbeteiligung und den drohenden Krieg gegen den Irak vor. Beschlossen wurde auch, den 70. Jahrestag der Machtübertragung an Hitler im nächsten Jahr zur geschichtspolitischen Arbeit besonders zu nutzen.

u.b. ■

Außer Spesen nichts gewesen!

Oberhausen. Der Berufungsprozess gegen die Täter eines Brandanschlags auf eine Flüchtlingsunterkunft in Oberhausen-Schmachtendorf ist nach dem ersten Prozesstag abgebrochen worden, da keine Aussicht auf eine Änderung des erstinstanzlichen Urteils bestand.

Die als Nebenkläger aufgetretenen Opfer des Brandanschlags müssen nun die Kosten für die Anwälte der Gegenseite tragen. Alle Prozessbeteiligten außer den Opfern waren sich mal wieder einig, dass die Täter nur arme verirrte Jugendliche auf dem Weg der Besserung seien. Die Täter wirkten auch sehr besorgt und traurig, aber lediglich weil es für einen kurzen Moment so aussah, als ob sie doch noch in Haft müssen. Hätte der Richter die Anklage auf versuchte schwere Körperverletzung o.ä. erweitert, wären sie um eine Gefängnisstrafe nicht herum gekommen. Aber so beließ man es mal wieder dabei, dass ein Brandanschlag auf eine vollbelegte Flüchtlingsunterkunft auf keinen Fall das Ziel verfolgt, Menschen zu verletzen oder sogar zu töten.

Nur noch so viel dazu: Dass die Opfer im Prozess von den Verteidigern der Gegenseite behandelt wurden, als seien sie die Täter, ist ja an sich noch nichts Neues, aber dass die Opfer jetzt auch noch dafür bezahlen sollen ist unverschämt. *info@drucklufthaus.de* ■

Stadt Eberswalde würdigt Engagement gegen Neonazis

Eberswalde. Seit Jahren kämpft die Stadt, die wegen des ersten Neonazi-Mords an einem Ausländer nach der Wende in Ostdeutschland bekannt wurde, gegen ihr Negativimage. In Eberswalde hatten am 25. November 1990 etwa 50 Neonazis so brutal auf den Angolaner Antonio Amadeu eingeschlagen, dass der 28-Jährige elf Tage später starb. „Seitdem haben sich Dutzende Vereine und Initiativen gebildet, um gegen Ausländerfeindlichkeit zu kämpfen“, sagte der Leiter der Eberswalder Koordinierungsstelle für Toleranz und gegen Fremdenfeindlichkeit, Mohamed Hamdali. Um diese Initiativen zu würdigen, hat die von der Stadt finanzierte Koordinierungsstelle jetzt eine 32-seitige Broschüre mit dem Titel „Gesicht(er) zeigen in Eberswalde“ herausgegeben. Sie soll anderen Menschen im Land zudem Mut machen, sich ebenso zu engagieren und den Kommunen zeigen, dass es sich lohnt, solche Initiativen zu unterstützen. Gleichzeitig dürften die bisherigen Erfolge nicht zur Leichtfertigkeit verleiten und die noch immer vorhandenen Probleme mit Rechtsradikalen ignoriert werden. Wichtig ist für Hamdali, dass die Vereine nicht nur nach ausländerfeindlichen Übergriffen reagieren, sondern präventiv und aufklärerisch in den Schulen aktiv sind, um sich rechtsextremistischen Gedanken entgegenzustellen.

Eberswalde ist eine der wenigen Städte, die sich eine Koordinierungsstelle für Toleranz leisten.

Bezug der Broschüre über: Koordinierungsstelle für Toleranz, Stadtverwaltung, Dr.-Zinn-Weg 18, 16225 Eberswalde. Informationen im Internet unter: www.eberswalde.de/tolerantes ■

NPD will am 9. November durch Weimar marschieren

Unter dem Motto „Deutschlands Selbstbestimmung endlich vollenden !“ will die NPD ausgerechnet am 9. November in Weimar demonstrieren. In ihrem Aufruf schreibt sie: „Es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht jedem Bürger vorgeführt wird, dass unser Staat eigentlich ein Vasallenstaat ist, der für die Interessen anderer eingespannt wird. ... Es ist auch nicht mehr Sache der Wähler, wer in Deutschland politisch eine Rolle spielen darf, sondern die bestimmter US-Amerikaner und des Zentralrates der Juden in Deutschland. Dieser Zustand ist unseres Volkes unwürdig und muß geändert werden.“ Als Redner werden der NPD Parteivorsitzende Udo Voigt, Rechtsanwalt Horst Mahler sowie die Studenten Stefan Rochow und Sebastian Behrends angekündigt. Treffpunkt der Nazis ist der August-Baudert-Platz (Bahnhofsvorplatz), 11 Uhr ■

9.-10. November, Weimar Antirassistischer/Antifaschis tischer Ratschlag

Nicht nur in Weimar gegen Nazis demonstrieren. Rassismus und Antisemitismus den Weg versperren!

Der Ratschlag 2002 findet in Weimar statt. Am 20. April 2002 haben hier Neonazis um Christian Worch und Steffen Hupka in Sichtweite des ehemaligen KZ Buchenwald demonstriert, für den 9. November 2002 ist eine weitere Demonstration angekündigt. Bewusst sind beide Tage ausgewählt: Das Geburtsdatum Adolf Hitlers und der Jahrestag des Putschversuchs von Adolf Hitler 1923 sowie der Judenpogrome 1938.

In Weimar hat sich in den letzten Jahren ein breites gesellschaftliches Bündnis gegen Neonazi-Aufmärsche etabliert. Am 9. und 10. November 2002 wollen auch wir mit dem Ratschlag Zeichen setzen. Seit vielen Jahren engagieren sich in Thüringen Menschen aus Antifa-Gruppen, Gewerkschaften, Parteien und Initiativen gegen Rassismus, Antisemitismus und Neofaschismus. Seit 1991 findet jeweils Anfang November ein antifaschistischer und antirassistischer Ratschlag statt. Anlass ist der Jahrestag der Pogrome gegen jüdische Menschen am 9. November 1938.

Unverhohlen stellen sich die Neonazis mittlerweile öffentlich in die Tradition der NSDAP und ihrer Führer. Und: Antisemitische Einstellungen haben in den vergangenen Jahren zugenommen bzw. werden heute offen artikuliert. In den ersten fünf Jahren der deutschen Wiedervereinigung wurden mehr jüdische Friedhöfe verwüstet, als in den Jahren zwischen 1914 und 1933. Insbesondere seit dem Beginn der „Al Aksa Intifada“ gegen Israel und den Terroranschlägen vom 11. September 2001 ist eine Zunahme antisemitischer Äußerungen wie offen gewalttätiger Übergriffe zu verzeichnen. „Endlich muss Schluss sein mit der Konfrontation mit der deutschen Vergangenheit“ – diese Forderung wird nicht mehr nur von Neonazis und Ewiggestrigen erhoben. Antisemitismus ist Normalität – eine Normalität, die wir niemals akzeptieren werden. ...

Für die Gegenwart gilt auch: Deutsches Militär ist wieder weltweit im Einsatz. Unumwunden wird auch über einen „deutschen Sonderweg“ und über „spezifische deutsche Interessen“ diskutiert. Das „Nie wieder“ der Jahre 1918 und 1945 scheint verdrängt – oder es wird gar zur Begründung für Auslandseinsätze genommen, wenn der grüne Bundesaußenminister die Verhinderung eines neuen Auschwitz als Ziel der Beteiligung am Jugoslawienkrieg ausgibt.

Wir rufen alle Menschen, die Rassismus, Faschismus und Antisemitismus keinen Raum lassen wollen, dazu auf, sich am 9. und 10. November 2002 am mittlerweile 12. Thüringer antifaschistischen / antirassistischen Ratschlag zu beteiligen. Wir wollen diesen Tag nutzen, um aktuelle Diskussionen zu reflektieren und unsere Position zu bestimmen. Wichtig war und ist uns dabei, das Trennende in der Analyse wie Praxis zu diskutieren, aber auch das Gemeinsame zu suchen, um gegen Rassismus und Antisemitismus vorzugehen.

http://lag-antifa.de ■

VeranstalterInnen: LAG Antifaschismus/Antirassismus Thüringen unterstützt durch Anlaufstelle für Betroffene von rechtsextremen und rassistischen Angriffen und Diskriminierungen (ABAD), Courage, DGB-Bildungswerk Thüringen e.V., DGB-Jugend Thüringen, DGB-Landesbezirk Thüringen, Gerberstraße Weimar, Kooperative Haina, Mobiles Beratungsteam gegen Rechtsextremismus in Thüringen (MOBIT), PDS Landtagsfraktion, SDAJ Thüringen, Thüringer Verband der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten, ver.di Thüringen - sowie zahlreiche Einzelpersonen. Gefördert durch CIVITAS



Es gibt kein Recht auf Nazipropaganda – Aktionen am 12. Oktober

MÜNCHEN. Vom 8. Oktober bis 24. November 2002 wird im Münchner Stadtmuseum die überarbeitete Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht 1941–44“ gezeigt. Wie schon am 1. März 1997 planen alte und neue Nazis einen Marsch durch München, der sich gegen diese Ausstellung richtet. Ein breites Bündnis von bisher mehr als 40 Organisationen und Initiativen sowie rund 120 Einzelpersonen aus allen gesellschaftlichen Bereichen erklärt dazu: „Der Skandal von 1997 darf sich nicht wiederholen, als über 5.000 Nazis unter Polizeischutz durch München marschierten. Nur die konsequente Haltung der 15.000 Münchnerinnen und Münchner, die damals stundenlang den Marienplatz besetzt hielten und schließlich die Nazis im Tal gestoppt haben, verhinderte, dass diese ihr Ziel erreichten. Auch weitere Versuche der NPD in München aufzutreten sind an der Wachsamkeit und Präsenz der Münchner Bevölkerung gescheitert: So ihre Propagandaveranstaltung am 30. September 2000 auf dem Marienplatz und die geplante Großkundgebung am 25. November 2000 auf dem Maria-Hilf-Platz, die wegen der angekündigten Gegendemonstrationen kurzfristig von der NPD abgesagt wurde. Damit wurden klare Zeichen gesetzt: Öffentliche Auftritte von Nazis werden in München nicht geduldet! Es gibt kein Recht auf Nazipropaganda! Wir werden auch den Nazi-Aufmarsch am 12. Oktober nicht hinnehmen! Wir rufen alle Münchnerinnen und Münchner auf, den Nazis kreativ und entschlossen entgegenzutreten. Wo immer die Nazis aufmarschieren – wir werden präsent sein.“

Inzwischen haben auch mehrere Bezirksausschüsse gegen den geplanten Nazi-Aufmarsch Stellung genommen, u.a. der BA Maxvorstadt, der BA Schwabing-West, der BA Obergiesing, der BA Schwanthalerhöh, der BA Moosach, der BA Altstadt/Lehel und der BA Au/Haidhausen. Sie fordern den Münchner Oberbürgermeister auf, den Nazi-Aufmarsch zu verhindern, und rufen gleichzeitig die BürgerInnen ihres Stadtviertels auf, sich an den Gegenaktionen am 12. Oktober zu beteiligen. Gruppen aus dem Bündnis gegen den Nazi-Aufmarsch haben auf allen relevanten Straßen und Plätzen in München Protestaktionen, Kundgebungen und Menschenketten angemeldet. Die an sie gerichtete Forderung des Kreisverwaltungsreferats, auf bestimmte Plätze zugunsten der Nazis zu verzichten, weisen sie mit Empörung zurück. Am 12.10. wird ab 9 Uhr auf dem Marienplatz ein INFO-Point eingerichtet.

Info-Tel. 089 / 15 01 853.
www.buendnis-gegen-rassismus.de ■

Griechisches Sondergericht lehnt Vollstreckung von Entschädigungsforderungen gegen Deutschland ab

ATHEN. Die höchste griechische Gerichtsinstanz, der Sonderausschuss des Obersten Gerichtshofes in Athen, hat jetzt entschieden, dass die Ansprüche von Opfern deutscher Kriegsverbrechen im Zweiten Weltkrieg gerechtfertigt seien, aber aufgrund des Prinzips der Staatenimmunität nicht vollstreckt werden können. Damit hob das Sondergericht die Entscheidung des Obersten Gerichtshofes von 2000 auf, das den Nachkommen der Opfer des Massakers der Waffen-SS in der Kleinstadt Distomo 86 Millionen DM Entschädigung zugesprochen hatte. Danach waren mehrere deutsche Einrichtungen in Athen von Gerichtsvollziehern aufgesucht worden. Noch vor drei Monaten hatte ein Gericht die Zwangsversteigerung des Athener Goethe-Instituts eingeleitet, was aber von der griechischen Regierung gestoppt wurde. Die Bundesregierung hatte gegen die Entschädigungsurteile Einspruch erhoben, auf die Staatenimmunität verwiesen und jegliche Zahlungen verweigert. Jetzt werden die Distomo-Klage und weitere rund 65.000 Klagen an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg weitergeleitet. Zudem ist eine Klage eines Distomo-Opfers vor dem Bundesgerichtshof in Karlsruhe anhängig. Der BGH muss sich mit der Frage auseinandersetzen, ob das 2+4-Abkommen von 1990 einem Friedensabkommen gleichzusetzen sei. Dann müsste nämlich die wiedervereinigte BRD die völkerrechtlichen Verpflichtungen als Nachfolgestaat des Dritten Reiches übernehmen. *rub* ■

Bundesverdienstkreuz für Anni Pröll

AUGSBURG. Der Augsburger Ausgabe der *Augsburger Allgemeinen Zeitung* war die Ehrung nur einen kleinen Satz wert, die Gersthofer Ausgabe allerdings berichtete am 11. September 2002 ausführlich mit Bild und Tagesgespräch. Es war die erste öffentliche Auszeichnung überhaupt für die 86-jährige kommunistische Widerstandskämpferin Anna Pröll.

Hier ein kleiner Auszug aus der Gersthofer AZ-Ausgabe vom 11.09.02: „Ein früherer deutscher Staat schikanierte, verfolgte und sperrte sie ein, der heutige hat sie Jahrzehnte später ausgezeichnet. Anna Pröll „ist eine mutige Frau und glaubwürdige Persönlichkeit, die sich Zeit ihres Lebens für Freiheit, Gerechtigkeit und Menschenwürde eingesetzt hat“, würdigte sie gestern Bayerns Ministerpräsident Edmund Stoiber. Er nahm die Verleihung im Namen von Bundespräsident Johannes Rau vor. Stoiber hob besonders hervor, dass die Geehrte, die kommunistischen Ideen treu blieb, sich seit dem Kriegsende bis heute um Opfer des NS-Regimes kümmert und ihre Hilfe Menschen unterschiedlichster politischer Herkunft und Einstellung gewährt ... So recht konnte sich Anna Pröll am gestrigen Abend über den Orden noch nicht freuen: „Ach wissen Sie, es hätte viele andere gegeben, die ihn verdient hätten, aber nicht mehr leben.“ So wie ihr Mitte der 80er Jahre gestorbener Mann Josef, den das Nazi-Regime ins Konzentrationslager gesperrt hatte. Zwei seiner Brüder sowie ihr Vater kamen in Konzentrationslagern ums Leben.“

Der Kreisverband Augsburg der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes /Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN/BdA) schreibt: „Mit der Verleihung wird das ungebrochene Engagement unserer 86-jährigen Kameradin für Frieden, Völkerverständigung und Aufklärung über die Verbrechen des Naziregimes gewürdigt. Als junge Augsburger Kommunistin beteiligte sie sich aktiv im antifaschistischen Widerstand. Wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ wurde sie im Zuchthaus Aichach (ein Jahr Einzelhaft) und im KZ Moringen eingesperrt.



Ungebrochen überlebte sie das faschistische Regime. Nach der Befreiung vom Faschismus gehörte sie zur Gründergeneration der VVN. Im Juli diesen Jahres wurde sie erneut in den Landesvorstand der bayerischen VVN-BdA gewählt.

Nach wie vor tritt Anna Pröll als Zeitzeugin in Schulen und Veranstaltungen auf. Im Frühjahr diesen Jahres wurde in Augsburg die Uraufführung eines von ihrem Sohn Josef und dem Historiker Wolfgang Kucera gestalteten Dokumentarfilms über ihr Leben „Anna, ich hab' Angst um dich" vorgestellt – inzwischen weit über Bayern bekannt.

Der Kreisverband Augsburg der VVN-BdA gratuliert Anna Pröll aufs herzlichste. Ihr Engagement ist Vorbild für die Nachkriegsgeneration in der Aufklärung über das faschistische Erbe und den aktiven Widerstand gegen neofaschistische Aktivitäten in Deutschland. Gleichzeitig zeigt sie die Notwendigkeit der Arbeit für Frieden und Völkerverständigung, des aktiven Auftretens gegen Rassismus und Antisemitismus." ■

Prozess gegen die SSS – „Skinheads Sächsische Schweiz"

SACHSEN. Die Sächsische Schweiz als Neo-Nazi-Hochburg hatte auch die dazugehörigen Besonderheiten aufzuweisen: weite Symphatisanten-Kreise in der Bevölkerung bis hin zu Unterstützung durch Beamte bei Polizei und Justiz.

Die Skinheads Sächsische Schweiz (SSS) waren eine überregional vernetzte Neo Nazi-Vereinigung, die u.a. Wehrsportübungen und Waffenkäufe tätigte. Im zur Zeit stattfindenden Verbotsverfahren gegen diese Organisation wird jetzt die Struktur teilweise offengelegt und einzelne Akteure bestraft.

Sollte dieser Prozess wegen Unstimmigkeiten mit dem Verfassungsschutz nicht stattfinden, wäre das fatal, und die Frage würde stehen, was der Verfassungsschutz falsch macht in seiner Arbeit.

Amal Sachsen - Hilfe für Betroffene rechter Gewalt schreibt dazu:

„Die Beratungsstelle AMAL Sachsen - Hilfe für Betroffene rechter Gewalt fordert das Sächs. Innenministerium und das sächs. Landesamt für Verfassungsschutz auf, alles im Rahmen ihrer Möglichkeiten stehende zu unternehmen, die für den laufenden SSS-Prozess notwendigen Auskünfte zu geben, ob es innerhalb der SSS V-Leute gab und wenn ja, welchen Einfluss sie auf das rechtsextremistische Wirken der SSS hatten.

Für Betroffene rechter Gewalt ist die Verstrickung staatlicher Behörden im Bereich des organisierten Rechtsextremismus ein Schlag ins Gesicht. Wie sollen sie ihr Vertrauen in unsere demokratische Gesellschaft behalten können, wenn Funktionsträger derselben indirekt über V-Leute an rechtsextremistischen Aktivitäten beteiligt sind? Daher unterstützt AMAL Sachsen die Forderung nach einer rückhaltlosen Aufklärung der Geschichte und des Wirkens der ehemals größten sächsischen Neonazi-Kameradschaft.

Für den Sächs. Innenminister Rasch ist eine „Aufklärende Beobachtung der Neonazis dort [Sächsische Schweiz] wichtiger als die Offenbarung von V-Leuten." (Sächs. Zeitung, 19.09.2002) Hier stellt sich die Frage, ob der Verfassungsschutz Sachsen für die Gegner oder die Bewahrer der Demokratie tätig ist. Die Arbeit des Verfassungsschutzes findet nur da ihre Berechtigung, wo sie der Vorbeugung und Aufklärung von Hintergründen von Straftaten dient. Sollten, wovon ausgegangen werden muss, V-Leute des sächs. Verfassungsschutzes innerhalb der SSS aktiv gewesen sein, sind die daraus gewonnenen Informationen im Rahmen des SSS-Prozesses für eine mögliche Strafverfolgung der Täter zu verwenden.

Wir fordern den Innenminister auf, seiner Verantwortung gerecht zu werden, und alle notwendigen Schritte zur Aufklärung beizutragen.

Egal ob sie V-Leute sind oder nicht, handelt es sich bei den ehemaligen Mitgliedern der SSS um überzeugte Rechtsextremisten. Als Beispiel sei ein bundesweit führender Neonaziaktivist aus der Sächsischen Schweiz genannt, der erst vor wenigen Wochen als V-Mann des Bundesamts für Verfassungsschutz enttarnt wurde. Dieser war u.a. an der Produktion von CDs der rechtsextremistischen Band Landser beteiligt, in deren Texten zum Mord an Ausländern und Politikern aufgerufen wird. Damit trifft unseres Erachtens den Verfassungsschutz eine Mitverantwortung an der Verbreitung der „Begleitmusik zu Tod und Mordschlag" in seiner schärfsten Form."

Für Rückfragen stehen wir gern zur Verfügung unter 0172-9741268 Amal Sachsen - Hilfe für Betroffene rechter Gewalt ■

Rechtsextreme Jugendliche greifen Jugendzentrums-BesucherInnen an

MANNHEIM. Opfer eines Angriffs rechtsextremer Jugendlicher wurden am Freitag, dem 27.9.02 mehrere BesucherInnen eines Konzerts im Jugendzentrum in Selbstverwaltung (JUZ) in Mannheim. Gegen 22 Uhr griff eine Gruppe von ca. 15 Jugendlichen zwei BesucherInnen in der Nähe des JUZ an, die Überfallenen konnten sich ins JUZ flüchten. Anschließend marschierten die Rechtsextremen vor dem JUZ auf, brüllten rechtsextreme Parolen, warfen mit Feuerwerkskörpern und Flaschen und griffen weitere Konzert-BesucherInnen an, die sich nicht rechtzeitig ins JUZ flüchten konnten. Kurz vor dem Eintreffen der sofort von den VeranstalterInnen alarmierten Polizei verzogen sich die AngreiferInnen, mehrere von ihnen wurden jedoch von der Polizei kontrolliert und ihre Personalien festgestellt. Mehrere JUZ-BesucherInnen erlitten Blessuren, die jedoch nicht ärztlich versorgt werden mussten.

JUZ Vollversamllung, 28.9.02 ■

Termine:

„ÄSTHETISCHE MOBILMACHUNG". Dark Wave, Neofolk und Industrial im Spannungsfeld rechter Ideologien". Freitag, 1. November 2002, 19.30 Uhr, Theaterkeller, Geismarlandstr. 19, Göttingen. Zwei Autoren des gleichnamigen, neu erschienenen Buches werden anwesend sein

„WIE KLINGT DIE NEUE MITTE?" Autorenlesung und Gespräch mit MARTIN BÜSSER. Versuch einer Beschreibung der Mentalitätsgeschichte der jüngeren Popentwicklung, wobei die Protagonisten des Nazirock nicht allein im Vordergrund stehen werden. Am 6. November 2002, 19.30 Uhr in Göttingen, Kino Lumiere, Unkostenbeitrag: 2 Euro/ 1 Euro (ermäßigt)

ENTARTETE MUSIK – JAZZ IM NATIONALSOZIALISMUS Zeitzeugengespräch und Konzert Freitag, 22. November. 2002, 20 Uhr in Hardegsen –Burg Hardeg / Muthaussaal. Veranstalter: Initiative Kunst & Kultur Northeim e.V.. Als Zeitzeugen sind anwesend Coco Schumann, Emil Mangelsdorff und Günter Discher

HARRY EPSTEIN - GESCHICHTE DES ZIONISMUS IN DUISBURG 17. Oktober 2002, Hundertmeister, Duisburg, Dellplatz, 20 Uhr. Referent: Ludger Heid von der Uni Duisburg. Veranstalter: Antifa Duisburg

Nazihelden in Halbe den Marsch blasen...

Zum ersten Mal nach 10 Jahren verbotsbedingter Pause wollen am 17. November 2002 sogenannte Freie Nationalisten unter Führung des Neonazis Christian Worch in Halbe bei Berlin mit der Parole „Ruhm und Ehre dem deutschen Frontsoldaten“ einen bundesweiten Aufmarsch durchführen und den „Volkstrauertag“ in das nationalsozialistische „Heldengedenken“ umwidmen.

Im April 1945 bildeten Panzereinheiten der Roten Armee einen Kessel um die Reste der geschlagenen 9. Armee des Generals Busse, der auf Anraten General Wencks – dieser konnte flüchten und war nach dem Krieg unbehelligt als Direktor der Ferro-Stahl AG tätig – das Kapitulationsangebot der Roten Armee ablehnte. Somit wurde „Hitlers letztes Aufgebot“, bestehend aus 15jährigen Jugendlichen, alten Männern, militärischen Halbkrüppeln und den Verbrechern der Waffen-SS, in den letzten Kriegswochen in den Wäldern um Halbe folgerichtig zusammengeschossen. Das Gemetzel hinterließ den größten Soldatenfriedhof Deutschlands, den Zentralwaldfriedhof Halbe.

Hier liegen die „Heldenbilder“ der alten und neuen Nazis begraben - die „tapferen“ Wehrmachtssoldaten und vor allem die Angehörigen der Waffen-SS.

Halbe ist neben Wunsiedel *der* Wallfahrtsort von Alt- und Neonazis.

Schon vor 1989 war der Friedhof eine geheime Kultstätte der Neonaziszene der DDR, die dort auch nach Waffen und Militaria-Gegenständen gebuddelt hatte.

1990 und 91 fanden bis zu deren Verbot alljährlich am Volkstrauertag in Halbe Nazi-Aufmärsche zum Gedenken an die „Helden“ der Waffen-SS statt. Bis zu 1000 Alt- und Neonazis gedachten und feierten hier mit Fackel- und Trommelzügen und marschierten teilweise uniformiert über den Friedhof. Alles, was in der Nazi-Szene Rang und Namen hatte, gab sich hier ein Stelldichein: FAP, Wikingjugend, Nationalistische Front (NF), Deutsche Kulturgemeinschaft (DKG) und ihr Berliner Ableger (BKP), JN, Vandalen etc..

Neben Angehörigen der deutschen Wehrmacht und Waffen-SS liegen an diesem Ort jedoch auch 57 von der Nazi-Justiz als Wehrkraftzersetzer und Deserteure verurteilte und hingerichtete Soldaten, sowie ukrainische Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen, die während des Krieges in den umliegenden Gemeinden ausgebeutet wurden und an den Folgen von Hunger und Entkräftung starben. Und nicht zuletzt sind in Halbe Tausende der gefallenen Soldaten der Roten Armee begraben.

Die Vorstellung, dass Neofaschisten ihr „Heldengedenken“ auf den Gräbern sowjetischer Zwangsarbeiter und Rotarmisten zelebrieren, ist von einer Widerlichkeit, die den Anblick eines „normalen“ Nazi-Aufmarschs bei weitem übersteigt.

Ebenso wie sich Wunsiedel nach jahrelangem Verbot wieder etablieren konnte, ist auch in Halbe davon auszugehen, dass Verbote vor den Verwaltungsgerichten nicht standhalten werden. Nach Halbe wird das gleiche Spektrum wie nach Wunsiedel kommen. Daher ist mit ca. 2000 Nazis zu rechnen, die bundes- und europaweit anreisen werden.

Nachdem der antifaschistische Protest gegen den Nazi-Aufmarsch in Wunsiedel nicht gerade optimal gelaufen ist, sollte Halbe nun doch mit mehr Aufmerksamkeit bedacht werden. Die regionalen AntifaschistInnen sind bei den geplanten Gegenaktionen natürlich auf überregionale bzw. bundesweite Unterstützung angewiesen. AntifaschistInnen können natürlich nicht jede Nazi-Veranstaltung mit Protesten begleiten. Jedoch muss solchen, die für das Nazi-Spektrum einen hohen Stellenwert haben, und dazu gehört Halbe, kraftvoll entgegengetreten werden.

Darum müssen am 17. November vielfältige antifaschistische Gegenaktionen mit massenhafter Beteiligung in und um Halbe stattfinden, um den Nazi-Aufmarsch zu einem Desaster werden zu lassen.

Bündnis unabhängiger Antifagruppen – 16.9.2002 ■

Mahn-und Gedenkkundgebung für die sowjetischen ZwangsarbeiterInnen unter dem Motto „Nie wieder Faschismus - Nie wieder Krieg“ am 17. November 2002 von 11.00 Uhr - 18.00 auf dem Parkplatz direkt am Haupteingang des Zentralwaldfriedhof Halbe.
Veranstalterin: Bedingungslose Kapitulation 8. Mai e.V. und Bündnis unabhängiger Antifagruppen
Auftaktkundgebung am Bahnhof Halbe und anschließend Antifa-Demo
Achtet auf weitere Ankündigungen !
Weitere Infos gibt es demnächst unter http://www.halbe.de
Contact: redhalbe@oleco.net

Die „Affäre Horn“

Separatistische Tendenzen im deutschsprachigen Teil Ostbelgiens

von Jörg Kronauer

Am Mittag des 1. Oktober 2002 holte die Regierung der ostbelgischen „Deutschsprachigen Gemeinschaft“ zum Befreiungsschlag aus. „Die Regierung beschließt, den Vertrag von Herrn Horn mit sofortiger Wirkung zu kündigen“, teilte sie nach fast vierzehn Tagen stumpfen Aussitzens mit. Die „Affäre Horn“, in der französischsprachigen belgischen Presse als „Fehler von beachtlichem Ausmaß“ eingestuft, hatte die separatistischen Absichten in den ehemals preußischen Gebieten um Eupen und St. Vith schlagartig ans Tageslicht gebracht und die nach Autonomie strebende Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft (DG) deutlich unter Druck gesetzt.

Entzündet hatte sich die „Affäre Horn“ an einem 26jährigen Deutschen. Jörg Horn, aus konservativem Milieu stammend und in Koblenz aufgewachsen, hatte am 1. Februar 2002 ein Arbeitsverhältnis bei der DG aufgenommen, bei der Verwaltung der 71.000 deutschsprachigen BelgierInnen also, die sich im Lauf der Jahrzehnte weit gehende Hoheitsrechte im Kultur- und Bildungswesen, in der Familien- und Arbeitsmarktpolitik sowie beim Denkmalschutz erkämpft hat.

Die DG strebt jedoch nach Höherem. Ihr Parlament, der „Rat der Deutschsprachigen Gemeinschaft“, hat Ende 2001 – anstatt sich mit der Gestaltung des Schulwesens und anderer ihm zustehender Angelegenheiten in den neun deutschsprachigen Gemeinden Belgiens zu beschäftigen – einstimmig beschlossen, sich nach und nach aus der „Region Wallonie“ zu lösen. Belgische „Regionen“ entspre-chen in etwa den deutschen „Bundesländern“, und die vom Rat der DG gewählte Regierung plant, aus ihrem Bundesland – der Region Wallonie – auszutreten und eine eigene „Region“ zu bilden.

Hier nimmt die „Affäre Horn“ ihren Anfang. Denn Autonomie bekommt man nicht geschenkt, man muss sie erkämpfen. Eine Ständige Vertretung der DG in Bruxelles sollte aufgebaut werden, um bei der Europäischen Union sowie bei der belgischen Regierung Druck für die separatistischen Pläne zu erzeugen. Rasch hatte der Ministerpräsident der DG, Karl-Heinz Lambertz, einen Kandidaten für die neu zu schaffende Stelle parat: Jörg Horn.

Wie er ausgerechnet an Horn geraten ist, will der Sozialdemokrat Lambertz bis heute nicht erklären. Horns Kandidatur für den Job in Bruxelles sei „derart interessant“ gewesen, dass er sich spontan für ihn entschieden habe, erklärt Lambertz. Die Frage bleibt, wer Horn die Kandidatur angetragen hat – die von ihm übernom-mene Stelle wurde nie öffentlich ausgeschrieben, und Horn selbst behauptet, vor seinem Amtsantritt keine Kontakte nach Ostbelgien gehabt zu haben.

Lambertz hätte allenfalls durch Lektüre des *Ostpreußenblatts*, des *Deutschen Ostdienstes* oder der *Jungen Freiheit* auf Horn aufmerksam werden können, wo dieser in den letzten Jahren zahlreiche fundierte Artikel veröffentlicht hat. Erstaunlich ist auch, dass die Regierung der DG – einer belgischen Verwaltungseinheit – mit Horn ausgerechnet einen deutschen Staatsbürger zu ihrem Lobbyisten in Bruxelles gemacht hat. Zwar ist der am Europa-Kolleg in Brügge ausgebildete Horn ein ausgewiesener „Volksgruppen“-Experte und damit fachlich bestens geeignet, um völkische Separatismen voranzubringen. Dennoch muss festgehalten werden, dass das „Auslandsdeutschtum“ sich inzwischen sogar in Westeuropa mit verblüffender Offenheit über nationale Grenzen hinwegsetzt.

Jörg Horn nahm jedenfalls zum 1. Februar seine Arbeit auf, ohne dass jemand daran Anstoß nahm, und begann mit dem Aufbau einer Ständigen Vertretung der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Bruxelles. Wie der deutschsprachige Belgische Rundfunk berichtet, hat er hartnäckig versucht, in den Kreis der LeiterInnen der Vertretungen deutscher Bundesländer bei der EU aufgenommen zu werden. Dies ist in Eupen offenbar nicht auf Widerspruch gestoßen. „Herr Horn hat die ihm erteilten Aufträge zur vollsten Zufriedenheit erfüllt“, erklärte die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft noch am 1. Oktober.

Während Horn in Bruxelles an der Eingliederung Ostbelgiens in die deutschen Bundesländer arbeitete, setzte die Regierung der DG in Eupen ihren Kampf für größere Autonomie fort. Sie entwickelte einen Forderungkatalog, über den derzeit mit der Führung der Region Wallonie verhandelt wird: Die Wallonie soll ihre Hoheit über die Gemeindeverwaltung, die Raumordnung, das Wohnungswesen, den Straßenbau und die Landwirtschaftspolitik an die DG abgeben. Auch ihre Arbeiten an der ökonomischen Basis der Autonomiepläne führt die Eupener Verwaltung weiter; die „Wirtschaftsförderungsgesellschaft Ostbelgien“ wirkt konsequent darauf hin, die ökonomischen Bindungen nach Deutschland auszubauen – und damit zugleich die Gräben zwischen der relativ wohlhabenden Deutschsprachigen Gemeinschaft und dem ärmeren Rest der Region Wallonie zu vertiefen.

Im Sommer gelang es der DG, mit einer spektakulären Aktion auch im Ausland größere Aufmerksamkeit für ihr Streben nach Autonomie zu bekommen. Ministerpräsident Lambertz ließ KFZ-Aufkleber an alle deutschsprachigen Haushalte Ostbelgiens verteilen, die in ihrer Gestaltung den üblichen ovalen Nationalitätenkennzeichen gleichen, aber – anstelle des in Belgien benötigten großen B – die Buchstaben DG aufweisen. Die Plaketten verfehlten ihre Wirkung nicht; im Kreis Aachen hielt gar eine Polizeistreife einen „DG“-Wagen in der Hoffnung an, flüchtige Kleinkriminelle aus einem noch jungen Kleinststaat irgendwo zwischen Bosnien und Aserbaidschan entdeckt zu haben. Das „Nationalitätenkennzeichen“ DG wirbt seitdem auf Europas Straßen für eine autonome Deutschsprachige Gemeinschaft.

Einen Rückschlag erlitt die Kampagne der Eupener Regierung (Sozialdemokratie, Liberale, Grüne), als am 19. September der deutschsprachige Belgische Rundfunk meldete, der DG-Lobbyist Jörg Horn habe für rechtsaußen stehende deutsche Medien gearbeitet (Ostpreußenblatt, Junge Freiheit, Criticon). Der Verdacht, Ministerpräsident Lambertz habe einen Rechtsradikalen mit dem Aufbau der Ständigen Vertretung der DG in Bruxelles beauftragt, sorgte für gewaltige Unruhe vor allem bei der oppositionellen Christlich-Sozialen Partei, die Lambertz seit längerem vorwirft, übereilt und zu radikal nach Autonomie zu streben. Der Ministerpräsident, der trotz steigenden Drucks fast zwei Wochen lang auf Biegen und Brechen an Horn festhielt, sah sich am Ende sogar mit Rücktrittsforderungen konfrontiert.

Schließlich holte die Regierung am Mittag des 1. Oktober zum Befreiungsschlag aus. Die „Affäre Horn“, die im französischsprachigen Teil Belgiens immer mehr Aufmerksamkeit fand und die Autonomiebestrebungen der DG ernsthaft zu lähmen drohte, wurde mit der Kündigung des 26jährigen Deutschen beendet. „Die alleinige Tatsache der Veröffentlichung“ in „zum Teil rechten bis rechtsextremen“ Periodika habe eine Beendigung des Arbeitsverhältnisses erzwungen, heißt es in der entsprechenden Regierungserklärung. Ansonsten habe die Regierung „seit der vertraglichen Einstellung von Herrn Horn ... kein Fehlverhalten in seiner Arbeit“ feststellen können.

Dies zeigt, wie weit der deutschvölkische Separatismus in Ostbelgien inzwischen fortgeschritten ist. Horn verlor seinen Job allein aufgrund einer formalen Abgrenzung seiner Arbeitgeberin vom deutschen Rechtsradikalismus, nicht aber, weil die Tätigkeit eines deutschen Staatsbürgers als Lobbyist für eine belgische Verwaltungseinheit nicht in Frage käme oder weil er eine radikale „Volks- →

Machbarkeitswahn, Menschenauslese und -Züchtung, Eliminierung der Schwachen und Kranken: diese Verbrechen des Faschismus wurden vorgedacht, vorbereitet und verwaltungstechnisch „bestens“ organisiert. Sie sind bis heute neben der Shoah und dem Krieg Kennzeichen faschistischer Politik. Die Grundlage dieser Politik hat 1945 überlebt. Die „Neue Rechte“ griff die Ideen der faschistischen Vordenker auf. Ohne auf nennenswerten Widerstand zu stoßen konnten sie sich bis in die Mitte der Gesellschaft ausbreiten.

In den für viele undurchschaubaren Politikfeldern „Biopolitik“ und Gentechnik stehen wir sicher nicht vor einer Neuauflage der T4 Aktion. Die Debatten um hoch profitable zukünftige Geschäfte mit Gesundheit und Leben vieler Menschen bergen trotzdem Gefahren. Vor allem dort, wo Profit und Machbarkeitswahn die Sicht auf den Menschen auf seinen Nutzen als Arbeitskraft reduziert.

Zugegeben: wir als AntifaschistInnen stehen am Anfang nicht der Debatte, aber am Anfang der Kritik (-fähigkeit). Wir wollen uns deshalb Rat und Unterstützung solcher Gruppen und Menschen einholen, die schon länger zu den genannten Themen arbeiten. Am Ende werden wir sicher nicht alle Fragen beantworten können, aber unsere Kritik und Interventionsfähigkeit verbessert haben.

Seminarankündigung:
Faschistisches Menschenbild, Gentechnik und Biopolitik – Herausforderungen antifaschistischer Arbeit
Sa. 7. und So. 8. Dezember 2002 in Köln

Das Programm: Sa. 7. Dezember

10.30 Uhr: „Biopolitik“ und Bioethik-Debatte in Deutschland – von der „Neuen Rechten“ in die „Neue Mitte“
Vortrag und Diskussion von und mit Peter Kratz, Dipl. Psych., Sprecher des Berliner Instituts für Faschismusforschung und Antifaschistische Aktion (BIFF)

14.00 Uhr: Euthanasie und ihre geistigen Wurzeln – damals und heute
Vortrag und Diskussion von und mit Volker van der Locht, Autor in „newsletter Behindertenpolitik“

16.30 Uhr: GENiale Geschäfte – Zukunft made by BAYER & Co.
Vortrag und Diskussion von und mit Axel Köhler-Schnura, Vorstand „Coordination gegen BAYER-Gefahren“

Abends Film und geselliger Abend

Sonntag, 8. Dezember

10.00 Uhr: Feministische Kritik an der Gentechnologie
Vortrag und Diskussion von und mit Erika Feyerabend, Mitherausgeberin und Autorin der Zeitschrift „BioScop - Zeitschrift zur Beobachtung der Biowissenschaft und ihrer Technologien“

12.00 Uhr: Konservativ-christliche ‚Lebensschützer‘ und ihre Position zur Gentechnologie
Vortrag und Diskussion von und mit Ulrike Gerstenberg und Jörg Kronauer

Abschlussplenum und Seminarkritik

Wir bemühen uns – soweit die Referentinnen und Referenten mithelfen- die Ergebnisse des Seminars in Form einer kleinen Broschüre zu publizieren. Das Tagungszentrum ist behindertenfreundlich. Anfahrtsbeschreibung nach Anmeldung. Tagungsbeitrag ist 10 Euro. Übernachtung nach verbindlicher Anmeldung möglich. ÜF Euro 34,00 Einzel, 27,00 Doppel und 21,00 Mehrbettzimmer. Mittag- und Abendessen jeweils ca. 5 Euro (auf Wunsch auch vegetarisch).

Schriftliche, verbindliche Anmeldungen bis 20.11. an VVN-BdA NRW, Gathe 55, 42107 Wuppertal, Tel. Fax: 0202-450629 vvn-bdanrw@freenet.de Veranstalter: Kommission „Neofaschismus“ der VVN-BdA NRW und Hartmut Meyer-Archiv. ■



gruppen“-Politik vertritt, für die er seit 1995 beim Ostpreußenblatt und der Jungen Freiheit dankbare AbnehmerInnen findet. Gerade auf Grund seiner „Volksgruppen“-Politik scheint er vielmehr für Lambertz „interessant“ geworden zu sein, als der beschloss, in Bruxelles eine Lobby für die Autonomie der DG aufzubauen.

Dass die Autonomiebestrebungen der DG zunächst „nur“ darauf abzielen, eine eigenständige „Region“ innerhalb Belgiens zu werden, darf über das Potential des ostbelgischen Separatismus nicht hinwegtäuschen. Schon jetzt nutzt die DG die in völkischen Kreisen als „vorbildlich“ geltenden belgischen Selbstbestimmungsregelungen, um ihre Autonomie zu erweitern. Und sollte das Königreich Belgien eines Tages unter den Schlägen des flämischen Separatismus zerbrechen, dann könnte eine deutschsprachige „Region“ unmittelbar über ihre staatliche Zugehörigkeit entscheiden. ■

Keine Teilnahme am Zentrum gegen Vertreibungen

Stuttgart. Die REP im Stuttgarter Gemeinderat ärgern sich über die ablehnende Haltung des Verwaltungsausschusses zu ihrem Antrag auf Teilnahme der Stadt am Berliner Zentrum gegen Vertreibungen. Hoffentlich bleibt der Gemeinderat bei dieser Haltung. REP-Stadtrat Dieter Lieberwirth dazu:

„Wenn nicht Stuttgart, welche Stadt denn sonst steht so für das Schicksal der Vertriebenen? Der Verwaltungsausschuß – vor allem rot-grün – offenbart hier wieder einmal seine einseitige und deutschfeindliche Betrachtung der Geschichte. Die Äußerung, das Zentrum habe eine „revanchistische Schlagseite“ ist bezeichnend für Scheinheiligkeit und Ignoranz, genauso der vorgeschobene Hinweis auf Haushaltsvorbehalte. Diese Entscheidung spricht den Vertriebenen Hohn und mißachtet die historischen Gegebenheiten in skandalöser Weise. Das Zentrum wird kommen – auch ohne Stuttgarter Beteiligung. Diese Weigerung fügt dem Ansehen Stuttgarts in ganz Deutschland Schaden zu. Wir akzeptieren diese Fehlentscheidung nicht und werden uns weiterhin für eine Teilnahme Stuttgarts engagieren.“

Dokumentiert: Aufruf gegen Krieg und Repression

Nicht in unserem Namen!

Namhafte Künstler und Intellektuelle in den USA, unter ihnen Noam Chomsky, Ramsey Clark, Angela Davis, Mumia Abu-Jamal, Edward Said, Oliver Stone, Susan Sarandon, Gore Vidal und Howard Zinn, haben ein Statement unterzeichnet, welches die Politik ihrer Regierung seit dem 11. September scharf kritisiert. Das 'NOT IN OUR NAME Statement of Conscience' erschien am 19.09.2002 in der New York Times. Hier ist es im Wortlaut:

Lassen wir es nicht so weit kommen, dass man sagt, die Menschen in den Vereinigten Staaten wären untätig geblieben, als ihre Regierung einen uneingeschränkten Krieg verkündete und strikte Maßnahmen der Repression einführte. Die Unterzeichner dieser Erklärung fordern das Volk der Vereinigten Staaten auf, sich der Politik bzw. der generellen politischen Richtung seit dem 11. September 2001 zu widersetzen, da dies alles eine ernste Gefahr für die Menschen in der Welt bedeutet.

Wir glauben, dass Völker und Staaten das Recht haben, ihr Schicksal eigenverantwortlich zu bestimmen – und zwar frei von militärischem Zwang durch mächtige Staaten. Wir glauben ferner, dass alle Personen, die von der Regierung der Vereinigten Staaten festgehalten oder vor Gericht gestellt werden, dasselbe Recht auf einen fairen Prozess haben. Wir glauben, dass Fragen gestellt, Kritik geübt und abweichende Meinungen geäußert werden müssen - und dass dies hoch geschätzt und verteidigt werden sollte. Wir sind der Auffassung, dass der Wert (der freien Meinungsäußerung) und das Recht darauf ständig bedroht sind und entsprechend verteidigt werden müssen.

Wir glauben, dass Menschen, die ein Gewissen haben, sich dafür verantwortlich fühlen müssen, was ihre Regierungen tun. A priori müssen wir uns der Ungerechtigkeit widersetzen, die in unserem Namen begangen wird. In diesem Sinne appellieren wir an alle Amerikaner, dem Krieg u. der Unterdrückung WIDERSTAND ZU LEISTEN, die die Bush-Regierung über die Welt gebracht hat / noch bringt. Das alles ist ungerecht, unmoralisch und illegitim. Wir haben uns entschlossen, uns an die Seite der Menschen in aller Welt zu stellen.

Aber auch wir haben natürlich mit Schrecken die furchtbaren Ereignisse des 11. Septembers 2001 mitverfolgt. Auch wir haben die Tausende Unschuldiger betrauert, die getötet wurden, und konnten nur den Kopf schütteln angesichts der Horror-Bilder schier unglaublicher Vernichtung - selbst wenn wir dabei unwillkürlich an ähnliche Bilder aus Bagdad, Panama City – oder eine Generation früher Vietnam – denken mussten. Und wie Millionen anderer Amerikaner haben auch wir voller Schmerz gefragt: Wie konnte so etwas nur geschehen?

Aber das Trauern hatte kaum begonnen, als die höchsten Führer unseres Landes auch schon den Geist der Rache entfesselten. Eine simplifizierende Botschaft von „Gut versus Böse" wurde entworfen und durch die ebenso glatten wie eingeschüchterten Medien verbreitet. Man sagte uns, die Frage nach dem Grund für diese schrecklichen Ereignisse grenze an Verrat. Eine Debatte wurde nicht gestattet. Man legte einfach fest: Es existieren keine berechtigten Fragen moralischer oder politischer Natur. Die einzig mögliche Antwort sei: Krieg nach außen und Repression nach innen.

In unser aller Namen hat die Regierung Bush – praktisch ohne jede Gegenstimme von Seiten des Kongress – Afghanistan angegriffen. Aber nicht nur das, sie hat sich und ihre Verbündeten darüber hinaus auch noch ermächtigt, an jedem Ort und zu jeder Zeit militärisch einzugreifen. Die brutalen Auswirkungen kann man jetzt überall besichtigen – auf den Philippinen ebenso wie in Palästina, wo die Panzer bzw. Bulldozer der Israelis ja eine Spur der Verwüstung und des Todes gezogen haben. Und nun bereitet sich die US-Regierung also auch noch offen auf einen „End-Krieg" gegen Irak vor – ein Land, das schließlich nichts zu tun hat mit dem Horror des 11. Septembers. Was für eine Welt wird das sein, in der die US-Regierung praktisch Blankovollmacht besitzt, überall und wo immer sie will ihre Bomben abzuwerfen, ihre Militärkommandos oder Mörder einzuschleusen?



ARBEITER FOTOGRAFIE Info: www.arbeiterfotografie.com

Zwischen 300000 und 400000 Briten haben am 26. September in London gegen einen möglichen Irak-Krieg demonstriert. Meinungsumfragen in Großbritannien zeigen erstmals eine Mehrheit gegen eine militärische Intervention im Irak.

In unserem Namen hat die US-Regierung im eigenen Land ein Zweiklassensystem errichtet: Menschen, denen die grundlegenden Rechte unseres Rechtssystems zumindest theoretisch zugestanden werden und solche, die keinerlei Rechte irgendwelcher Art zu besitzen scheinen. Die Regierung hat über 1000 Immigranten verhaften lassen – und hält sie seither auf unbestimmte Zeit und an geheimen Orten fest. Hunderte wurden abgeschoben, und Hunderte schmachten nach wie vor in Gefängnissen. Diese Prozedur erinnert stark an die berüchtigten Internierungslager für japanischstämmige Amerikaner während des „Zweiten Weltkriegs". Und zum ersten Mal seit Jahrzehnten werden bei der Immigration auch wieder Menschen bestimmter Nationalität rausgefiltert und sonderbehandelt.

In unserem Namen hat die Regierung ein Leichentuch der Repression über die Gesellschaft gelegt. So warnt beispielsweise der Präsidentensprecher, die Bürger sollten „aufpassen, was sie sagen". Künstler mit abweichender Meinung, Intellektuelle, Professoren machen die Erfahrung, dass ihre Ansichten falsch wiedergegeben bzw. angefeindet bzw. gleich ganz unterdrückt werden. Der sogenannte „Patriot Act" (Patriotengesetz) - zusammen mit einer ganzen Latte ähnlicher Maßnahmen auf Staatsebene - verleiht der Polizei sehr weitgehende neue Vollmachten zu Durchsuchung und Festnahme. Kontrolliert wird die Polizei hierbei, falls überhaupt, lediglich durch Geheim-Kommissionen, die im stillen agieren.

In unserem Namen hat die Exekutive langsam, aber sicher Aufgaben und Funktionen an sich gerissen, die eigentlich in den Bereich der übrigen Regierungsinstanzen gehörten. Per Befehl der Exekutive wurden Militärtribunale eingerichtet – Militärgerichte, vor denen eine einge-



schränkte Beweispflicht gilt bzw. die Angeklagten nicht das Recht haben, vor ordentlichen Gerichten in Berufung zu gehen. Gruppierungen können mit einem einzigen Federstrich des Präsidenten zu „Terroristen“ erklärt werden.

Wir müssen die höchsten Militärs unseres Landes ernstnehmen, wenn sie von einem Krieg sprechen, der eine ganze Generation währen wird – und wenn sie von einer neuen Innenpolitik reden. Nach außen verfolgen wir inzwischen ja eine offen imperialistische Politik, nach innen eine Politik, die darauf angelegt ist, Angst zu produzieren und diese Angst der Menschen zu benutzen, um die Rechte einzuschränken. Die Ereignisse der letzten Monate beschreiben eine tödliche Kurve – wir müssen das endlich begreifen und entsprechend Widerstand leisten. Denn viel zu oft in der Geschichte war es ja schon so, dass Menschen zu lange warteten – bis es für (effektiven) Widerstand zu spät war.

Präsident Bush hat erklärt: „Entweder, ihr seid für uns oder gegen uns.“ Hier unsere Antwort: Wir wehren uns dagegen, dass Sie sich anmaßen, für das gesamte amerikanische Volk zu sprechen. Wir werden unser Recht, Fragen zu stellen nicht aufgeben. Wir werden unser Gewissen nicht aufgeben – nicht für Ihr leeres Versprechen von Sicherheit. Wir sagen NICHT IN UNSEREM NAMEN. Wir weigern uns, mit diesen Kriegen irgendetwas zu tun zu haben und weisen jede Unterstellung zurück, sie würden auch in unserem Namen geführt bzw. in unserem Interesse. Vielmehr reichen wir all denen in der Welt die Hand, die unter dieser Politik zu leiden haben. Wir werden unsere Solidarität mit Worten und Taten unter Beweis stellen.

Wir, die Unterzeichnenden, rufen alle Amerikaner dazu auf, sich zusammen zu schließen und sich dieser Herausforderung zu stellen. Wir begrüßen u. unterstützen den derzeitigen Protest und die kritischen Fragen – wenngleich uns durchaus bewusst ist, dass es viel, viel mehr brauchen wird, um diesen blutrünstigen Götzen wirklich zu stoppen. Wir sind inspiriert durch das Beispiel der israelischen Reservisten – die unter Inkaufnahme großer persönlicher Risiken erklärt haben: „es GIBT eine Grenze“, und sich konsequent weigern, ihren Teil zur Besatzung des Westjordanlands und Gazas beizutragen. Wir berufen uns außerdem auf die Geschichte der Vereinigten Staaten – die ja viele Beispiele von Widerstand und moralischer Gewissensentscheidung kennt – angefangen bei denen, die gegen die Sklaverei revoltiert haben – , bis hin zu jenen, die gegen den Vietnam-Krieg kämpften – indem sie Befehle nicht befolgten, den Militärdienst verweigerten oder den Verweigerern solidarisch beistanden. Lassen wir es also nicht zu, dass die Welt draußen an unserem Schweigen und unserer Handlungsunfähigkeit verzweifelt. Schwören wir ihr stattdessen: Wir werden gegen diese Maschinerie des Kriegs und der Unterdrückung ankämpfen und fordern auch andere dazu auf, sie mit aller Macht zu stoppen.

Von Bundesregierung Taten verlangen!

Bundesweiter Aktionstag am 26. Oktober

Auf der Tagung des Bundesausschusses Friedensratschlag am Samstag, 28.9. in Kassel, an der 35 Vertreter/innen aus zahlreichen regionalen Friedensinitiativen und bundesweiten Organisationen teilnahmen, wurde für den 26. Oktober ein bundesweiter Aktionstag beschlossen. Die Friedensbewegung, so heißt es in einer anschließend herausgegebenen Erklärung des Bundesausschusses, betrachtet das Wahlergebnis mit einem lachenden und mit einem weinenden Auge. Mit Befriedigung habe man auf den Sieg der rot-grünen Koalition reagiert. In ihm spiegle sich vor allem auch die starke Antikriegs-Stimmung in der Bevölkerung wider, der die Bundesregierung mit ihrem Schwenk in der Irakfrage gerade noch rechtzeitig Ausdruck verliehen habe. Auch die Direktwahl des grünen Abgeordneten Christian Ströbele sei ein Indiz dafür, dass eine konsequente Antikriegshaltung in der Bevölkerung auf Unterstützung stoße und auch bei Wahlen honoriert wird. Dass die PDS an der Fünf-Prozent-Hürde gescheitert ist, wird in Kreisen der Friedensbewegung deshalb sehr bedauert, weil damit ein in außen- und sicherheitspolitischen Fragen zuverlässiger Ansprechpartner in Fraktionsstärke im Bundestag nun nicht mehr zur Verfügung steht. Den Worten müsse die neue Bundesregierung nun auch Taten folgen lassen. Die Friedensbewegung erwartet

- den schleunigen Abzug der Spürpanzer aus Kuwait,
- den Rückruf der Marineverbände aus der Golfregion und
- die Verweigerung der Nutzung von US-Stützpunkten auf deutschem Boden und des deutschen Luftraums für den US-Krieg. Zu letzterem hat die Bundesregierung nicht nur die rechtliche Handhabe, sie ist sogar zu einem Nein verpflichtet, weil Völkerrecht und Grundgesetz die Vorbereitung eines Angriffskriegs eindeutig verbieten.

Auf heftigen Widerspruch in der Friedensbewegung stießen auch die vorgesehenen Vereinbarungen mit den USA, deutsche Truppen auf dem Balkan und in Afghanistan zu verstärken, um dadurch die USA für ihren Truppenaufmarsch gegen Irak zu entlasten. Wer den US-Krieg für falsch und gefährlich hält, muss ihn zu verhindern trachten. Der von Verteidigungsminister Struck angekündigte Deal ist in den Augen der Friedensbewegung nichts anderes als eine indirekte Unterstützung des US-Krieges. Peter Strutynski: „Wer nach dem lauten Nein zum Irak-Krieg im Wahlkampf nun ein faktisches Ja hinterher schicken möchte, betrügt die Wählerinnen und Wähler.“

Vielerorts bereitet sich die Friedensbewegung auf nächste Aktionen gegen den Krieg vor, wurde im Bundesausschuss berichtet. Der Protest gegen den drohenden Irak-Krieg hat auch in den USA und in Großbritannien stark zugenommen. Davon legen zahlreiche Massenpetitionen in den USA Zeugnis ab (siehe nebenstehenden Appell „Not in our name!“). In London gingen am Samstag, 26.9. 300 bis 400000 Menschen gegen den Krieg auf die Straße, in Italien 100000.

Am 26. Oktober sollen im ganzen Land Aktionen, Mahnwachen, Demonstrationen oder Kundgebungen gegen den Krieg veranstaltet werden – parallel zu den beiden Anti-Kriegs-Manifestationen in Washington und San Francisco. Strutynski: „Wir wollen der amerikanischen Friedensbewegung unsere Solidarität zeigen, und die Amerikaner werden uns zeigen, dass der Krieg in den USA längst nicht so akzeptiert wird, wie es die Bush-Regierung gern hätte.“

Für den Bundesausschuss Friedensratschlag:
Dr. Peter Strutynski (Sprecher) ■

Die MNR-Hochburg Vitrolles fällt:

Frankenstein verliert sein Labor

Ein rotes Herz prangte auf den Wahlplakten. „Wählen wir Catherine" stand daneben, und „Bleiben wir gemeinsam in Vitrolles". Man sah die Rathauskandidatin und bisherige Bürgermeisterin dabei, ein Kind zu küssen. Sonst nichts: kein Familienname, und erst recht keine Angabe zur Parteizugehörigkeit. Die Spitzenkandidatin definierte sich selbst gegenüber potenziellen WählerInnen so: „Ich bin keine Berufspolitikerin, ich bin eine Mama". Auch ihre Flugblätter w von roten Herzchen übersät und versuchen, die seit fünf Jahren amtierende Bürgermeisterin der Marseiller Trabantenstadt vor allem als Mutter ihrer zwei Kinder in Szene zu setzen. Catherine Mégret kandidierte als vorgeblich „parteilose" Listenführerin für die Kommunalwahl an den beiden letzten Sonntagen (dem 29. September und 6. Oktober) in Vitrolles.

Diese, nunja, „Bescheidenheit" im Umgang mit ihrem Familiennamen sowie ihrem politischen Hintergrund erklärt sich großenteils aus den Schwierigkeiten, in denen ihre Partei steckt. Tatsächlich hatten die WählerInnen der Vorstadt, die seit den Siebziger Jahren am Binnenmeer Etang de Berre hochgestampft wurde, an den beiden Wahlsonntagen indirekt über die Zukunft des französischen Neofaschismus zu entscheiden. Vor allem über jene der zweiten rechtsextremen Partei neben dem Front National, des Mouvement National Républicain (MNR) von Bruno Mégret.

Der MNR geht beschädigt aus dieser Probe auf´s Exempel hervor. Anfang September erst war die Nummer 3 der Partei – ihr Generalsekretär Frank Timmermans – von allen Ämtern zurückgetreten. Zwar verkündete er in der Presse, er trete vor allem aus Differenzen bezüglich des Finanzgebahrens der Führung zurück und weniger aus politischen Gründen, doch er fügte hinzu, Mégret habe offensichtlich „politische Kompassprobleme" – eine Anspielung auf Mégrets neuesten Diskurs über den „Abschied von der extremen Rechten". 14 Tage später folgte die „Nummer 2" der Partei, der Generalbeauftragte (délégué général) des MNR: Jean-Yves Le Gallou, einer der dienstältesten Politkader der extremen Rechten. Le Gallou hat angekündigt, auf dem nächsten MNR-Kongress im November nicht mehr zur Wiederwahl zur Verfügung zu stehen. Auch er krittelte an Mégrets rhetorischer Neuorientierungs-Übung herum. Sowohl Le Gallou als auch Timmermans bleiben aber vorerst als einfache Mitglieder in der Partei. Auf jeden Fall aber ereilt die Nachricht vom „Fall" Vitrolles also eine Partei in sichtlich desolatem Zustand.

Auch wenn Bruno Mégret am Wahlabend des 6. Oktober auf einer Pressekonferenz trotzig versicherte: „Es ging in Vitrolles nicht um landesweite Politik. Vitrolles ist nicht der MNR. Der Kampf, den ich für die Franzosen führe, wird weitergehen. Ich werde nicht aufgeben. Ich glaube, dass die Franzosen mir eines Tages dafür dankbar sein werden."

Das „Labor" der Neofaschisten: Vitrolles unter den Mégrets

Die Kommunalwahl vom Vorjahr musste in Vitrolles wiederholt werden, weil die extreme Rechte damals eine Schmutzkampagne gegen den bürgerlichen Kandidaten Christian Rossi betrieben hatte. Auf anonymen Flugblättern war dieser bezichtigt worden, eine homosexuelle Vergewaltigung an einem Obdachlosen begangen zu haben. Kein Wort davon war wahr. Das oberste Verwaltungsgericht annullierte Ende Juli die Wahl. Und jetzt kam die Quittung: Frankenstein verlor sein Labor.

Denn Vitrolles war die letzte wirkliche Hochburg der französischen Neofaschisten auf kommunaler Ebene. Diese 40.000-Einwohner-Stadt war bisher dazu bestimmt, zum „Laboratorium" der französischen Neofaschisten zu werden.

AUF EINEN BLICK :

1) Erster Wahlgang :	
Catherine Mégret, MNR	36,73 %
Guy Obino, offizielle Linke-	31,04 %
Dominique Tichadou, Sozialist	12,55 %
Claude Borelli, UMP	12,21 %
Henri-Michel Porte, Liberaler	5,29 %
Claude Bourge, FN	2,18 %
2) Stichwahl :	
Guy Obino	54,05 %
Catherine Mégret	45,95 %

Sie begannen damit, die ganze Stadt umtaufen zu wollen: Aus der gesichtslosen Industriesiedlung Vitrolles sollte somit „Vitrolles-en-Provence" werden, um die „Verwurzelung der Stadt in ihrer historischen und kulturellen Identität" – eine reine ideologische Projektion – zu unterstreichen. Auch eine Reihe von Straßen sollten „identitätsträchtigere" Namen erhalten. So sollte Nelson Mandela einer provençalischen Königin aus dem Frühmittelalter – Marguerite de Provence – weichen. In der Regel wurde dieser Umbenennungseifer jedoch durch die Verwaltungsgerichte gestoppt.

Anfang 1998 führte die Stadtregierung von Vitrolles eine „Geburtenprämie" von 5.000 Francs (750 Euro) ein, die aber nur Kinder „französischer oder europäischer" Eltern ausbezahlt werden konnte. Der illegale Charakter dieser offenen Diskriminierungsmaßnahme war den Regierenden im Rathaus bewusst – doch sollte dadurch der „den Franzosen gegenüber ungerechte Charakter der geltenden Gesetze" durch bewusste Konfrontation aufgezeigt werden. Auch diese Maßnahme wurde alsbald durch die Gerichte kassiert.

Die Stadtverwaltung führte Konzerte mit sogenanntem „französischem identitären Rock" auf Kosten der Kommunalfinanzen durch – Songtitel dabei waren etwa „Hitler hatte Recht" und „Ethnische Säuberung". Der jüngste Skandal in Vitrolles geht auf die Einstellung zahlreicher Parteiaktivisten aus ganz Frankreich in den öffentlichen Dienst der Stadt zurück. Zuletzt wurden im Juli dieses Jahres 52 rechtsextreme Kader aus anderen Départements so in Lohn und Brot gebracht. Unter ihnen befand sich einer, der direkt aus der Haftanstalt kam, wo er davor noch wegen Mittäterschaft bei einem rassistischen Mord einsaß: Mario d'Ambrosio. (Vgl. AN 20/2002)

Die Dummheit der Opposition: Beinahe ging es in's Auge...

Noch aber konnten die Mégrets darauf bauen, dass ihre Gegner sich selbst ein Bein stellen würden. So trat die Sozialdemokratie im ersten Wahlgang mit zwei konkurrierenden Kandidaten an – ihr „offizieller" Bewerber Guy Ospino ist nach eigenen Angaben ein alter Christdemokrat, der vor allem mit Slogans für die „Innere Sicherheit" um sich warb und daher nach rechts hin integrationsfähig sein sollte. Der langjährige Sozialdemokrat Dominique Tichadou betrachtete seine „wilde" Gegenkandidatur als umso legitimer, als er selbst die erfolgreiche Anfechtungsklage gegen die vorige Kommunalwahl eingebracht und mit 8.000 Euro aus der eigenen Tasche bezahlt hatte. (Tichadou war im März 2001 der gemeinsame Spitzenkandidat von Sozialdemokraten und KP gewesen, und hatte damals nur um 200 Stimmen gegen Mégret verloren.) Allerdings unterstützten die KP und die Grünen den „offiziellen" PS-Kandidaten, Obino, um keine zwischenparteilichen Probleme zu haben.

Auch im bürgerlichen Lager traten zwei Kandidaten gegeneinander an: Der Liberale Henri-Michel Porte warf dem „offiziellen" Vertreter der Rechten, Christian Borelli, sowohl diverse Vorstrafen vor als auch einen Wahlkampf, den er als „Mégret light" bezeichnet.

Stolpern hätten die Rechtsextremen unter Mégret dabei, angesichts der Unfähigkeit ihrer Gegner, vor allem über die Konkurrenz im eigenen Lager können. Der rivalisierende FN hatte eine eigene Liste unter dem Anwalt Claude Bourge eingereicht, nur um der Mégret-Partei Schaden zuzufügen. Der FN-Kandidat – der zwei Tage vor dem ersten Wahlgang nach einer etwas heftigen Diskussion mit Jugendlichen in's Krankenhaus eingeliefert wurde – konnte Mégret jedoch nicht gefährlich werden. Er erhielt klägliche 2,2 Prozent.

Und so lag Catherine Mégret, auch dank der Zerrissenheit der lokalen Opposition, im ersten Wahlgang dann doch vorne. Mit 36,7 Prozent der Stimmen verteidigte sie die Spitzenposition gegen den „offiziellen“ Kandidaten der Linksparteien, Guy Obino mit 31 Prozent, während der sozialdemokratische Dissident Tichadou mit 12,6 Prozent abgestraft wurde. Die bürgerlichen Kandidaten schnitten in beiden Fällen schwach ab, wobei Christian Borelli mit 12,2 Prozent den liberalen Gegenkandidaten (5,3 Prozent) klar ausstach. Damit konnte Catherine Mégret als mögliche Siegerin der bevorstehenden Stichwahl doch noch glaubhaft wirken, und entsprechend ihre Wählerschaft zu motivieren versuchen. Das rechtsextreme Wählerpotenzial ist dabei erstaunlich stabil geblieben: Im März 2001 (damals trat nur Catherine Mégret an, ohne Störenfried vom FN) hatte es im ersten Wahlgang 39 Prozent betragen, genauso viel wie jetzt im ersten Durchgang für MNR- und FN-Liste zusammen abgegeben wurden. Dennoch hat es für die angeblich „parteilose“ Kandidatin des MNR nicht gereicht. Die konservative Wählerschaft hat – anders als 1995 größerenteils gegen Mégret gestimmt.

Der sozialdemokratische Dissident Tichadou und der liberale Bewerber Porte hatten sich nach dem ersten Wahlgang sofort aus dem Rennen zurückgezogen und ohne Zögern zur Wahl von Guy Obini aufgerufen, als dem aussichtsreichsten Gegenkandidaten zu Mégret. Der Konservative Christian Borelli, Mitglied der neuen rechten Einheitspartei UMP, hingegen benötigte ein paar Stunden länger. Er sprach sich zuerst mit den UMP-Spitzenpolitikern auf nationaler und regionaler Ebene ab. Danach zog er sich, 24 Stunden nach dem ersten Wahlabend, ebenfalls zurück. Allerdings sprach er keine Wahlempfehlung aus, plädierte aber für die Verhinderung der Wahl Mégrets.

Der MNR in Vitrolles seinerseits versuchte, die WählerInnen über den wahren Charakter der Wahl zu täuschen, indem er in Flugblättern zwischen den beiden Wahlgängen beruhigend versicherte: „Es handelt sich um ein normales Links-Rechts-Duell“, also eine hundsgewöhnliche Stichwahl zwischen einem Bürgerlichen und einem Sozialdemokrat. Die Masche hat aber im Ergebnis nicht gezogen. Im zweiten Wahlgang kam dann am Sonntagabend zwischen 20 und 21 Uhr die ersehnte Nachricht: Catherine Mégret ist besiegt. Sie erhielt 45,95 % der Stimmen und verlor damit klar und deutlich, während Guy Obino mit einem Stimmenanteil von 54,05 % gewann. Und das ist trotz allem sehr erfreulich. Auch wenn die Freude durch den immer noch relativ hohen Stimmenanteil (46 % für die Kandidatin des MNR) gleich wieder getrübt wird. *Bernhard Schmid, Paris* ■

Wieder Rasterfahndung in Hessen

FRANKFURT. Hessen hat wieder mit der Rasterfahndung nach Islam-Extremisten begonnen, berichten die dpa-Nachrichten für Kulturpolitik in ihrer Ausgabe vom 16.9.02. Sie berichten weiter: Am 13. September seien die Hochschulen angeschrieben worden, teilte das Innenministerium auf Anfrage mit. Sie sollen Daten über ihre Studenten zur Untersuchung an die Polizei liefern. Das Landeskriminalamt rastert die Daten nach Kennzeichen wie „allein stehend“ und „Herkunft aus bestimmten islamischen Ländern“ und versucht, Verdächtige herauszufiltern.

Die Suche nach terroristischen „Schläfern“ war nach dem 11. September begonnen worden. Ende Februar dieses Jahres hatte das Oberlandesgericht Frankfurt die Rasterfahndung wegen rechtlicher Bedenken gestoppt.

Die CDU/FDP-Regierung hatte daraufhin ein Gesetz eingebracht, das die rechtlichen Hürden für die Computergestützte Fahndungsmethode senkt. Trotz der Bedenken des hessischen Datenschutzbeauftragten und des Protestes von Studentenvertretern in einer Anhörung hatte die Koalition das Gesetz gegen SPD und Grüne durch den Landtag gebracht.

Innenminister Volker Bouffier (CDU) begrüßte die Wiedereinführung der Rasterfahndung. Es sei nicht hinnehmbar gewesen, dass Hessen als einziges Land bundesweit aus der Fahndung ausgestiegen sei. In dieser Woche werde mit den ersten Datensätzen von Hochschulen gerechnet, heißt es.

Quelle: dpa-Kulturpolitik, Nr. 38/2002, 16.9.2002 – AKTUELLES – bee ■

Appell von 100 Persönlichkeiten und Menschenrechtsorganisationen

DÜSSELDORF. Über 100 bekannte Persönlichkeiten und Organisationen haben in Düsseldorf einen eindringlichen Appell für ein humanitäres Bleiberecht der Roma veröffentlicht. Zu den Unterzeichnern gehören u. a. Günter Grass, Eva Pankok, Günter Wallraff, Die Toten Hosen, Aktion Courage, Landesflüchtlingsräte der Bundesarbeitsgemeinschaft PRO ASYL, das Ökumenische Netzwerk Asyl in der Kirche, „Kein Mensch ist illegal", Internationale Liga für Menschenrechte, Komitee für Grundrechte und Demokratie, Düsseldorfer Appell und Düsseldorfer Friedensforum. In dem Aufruf werden Bundesregierung, Innenministerium und die Verantwortlichen in Politik und Gesellschaft aufgefordert, sich für einen sofortigen Abschiebestopp für Roma und andere Minderheitenangehörige aus dem ehemaligen Jugoslawien einzusetzen, für eine humane Altfallregelung/Schlussstrich-Regelung einzutreten, die den Menschen, die seit Jahren hier leben, die hier geboren und mit ihren Familien hier integriert sind, eine sinnvolle Lebensperspektive anbietet.

Irene Dulz vom Flüchtlingsrat NRW erklärte dazu: „Wir erwarten von der Politik, dass sie die berechtigten Anliegen der Roma ernst nimmt, dass sich jeder Politiker auf seiner Ebene für zuständig erklärt und an konstruktiven Lösungen mitgestaltet. Es muss sichergestellt sein, dass vor Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes mögliche Lösungen nicht versperrt und – etwa durch Abschiebungen – vollendete Tatsachen geschaffen werden."

PRO ASYL Vorstandsmitglied Heiko Kauffmann erinnerte an die Wahlversprechen der Parteien: „Alle Parteien sprechen von Integration und einem ‚weltoffenen Deutschland'. Die Politik muss jetzt Farbe bekennen: im Umgang mit den hier lebenden Minderheiten wie den Roma zeigt sich, wer es wie ernst mit Menschenrechten und Integration meint."

Isabel Basterra vom AK Asyl NRW hob die Offenheit und das Verständnis der Öffentlichkeit und der Medien für die Anliegen der Roma hervor: „In einer weltoffenen Stadt wie Düsseldorf sollte auch der Oberbürgermeister wissen, was er deren Ruf schuldet. Wir erwarten eine menschliche, humanitäre Reaktion, die seinem Amt und seiner Verantwortung gerecht wird."

http://www.proasyl.de/ 16.8.2002 ■

Tag des Flüchtlings: „Preis für die größtmögliche Gemeinheit“ 2002

Der Flüchtlingsrat Thüringen e.V. vergibt am diesjährigen Tag des Flüchtlings am 4. Oktober zum dritten Mal den „Preis für die größtmögliche Gemeinheit“. Der Tag des Flüchtlings ist der letzte Freitag der bundesweit durchgeführten Interkulturellen Woche.

Der Preis für die größtmögliche Gemeinheit wird alljährlich an Behörden oder Institutionen verliehen, die herausragende Anstrengungen bei der Diskriminierung und Ausgrenzung von Flüchtlingen unternommen haben. Besonders gewürdigt werden dabei vorauseilender Gehorsam, die exzessive Verletzung von Persönlichkeitsrechten sowie

außergewöhnliche Bemühungen, die (rechtliche) Lage von Flüchtlingen in Thüringen weiter zu verschlechtern. In diesem Jahr wird der Preis zu je einem Drittel an das Landratsamt Wartburgkreis/Ausländerbehörde, an die Staatsanwaltschaft Mühlhausen und an das Amtsgericht Eisenach verliehen. Ausgezeichnet wird die arbeitsteilige Strafverfolgung des Asylbewerbers José Maria Jones, dessen „Rechtsvergehen es war, sich ohne Erlaubnis zeitweise außerhalb des Wartburgkreises aufzuhalten. Die Ausländerbehörde hatte Anzeige gegen Herrn Jones wegen des Verstoßes gegen die sogenannte Residenzpflicht erstattet, die Staatsanwaltschaft hatte dafür vier Monate Freiheitsstrafe gefordert und der zuständige Richter verurteilte ihn schließlich zu 2.400 Euro Geldstrafe.

„Die Verantwortung für die Verletzung von Grundrechten kann man vielleicht mathematisch teilen, aber nicht moralisch. Der Preis wird deshalb in diesem Jahr gedrittelt, um auf das Zusammenspiel von verschiedenen Behörden und der Justiz bei der Einschränkung von grundlegenden Rechten von Flüchtlingen hinzuweisen", so der stellvertretende Vorsitzende des Flüchtlingsrates Thüringen e.V. Roland Wanitschka.

Der Preis wird den Preisträgern in Form einer Urkunde am Tag des Flüchtlings zeitgleich um 5 vor 12 Uhr per Telefax zugestellt.

Flüchtlingsrat Thüringen e.V.
E-mail: info@fluechtlingsrat-thr.de
Internet: www.fluechtlingsrat-thr.de ■

Achtung ökonomischer Notfall!

Die Karawane Tour 2002 ging am Samstag, den 21.9.02 zu Ende. Um die entstandenen Reisekosten für die Abschlussdemonstration zu finanzieren, bittet die Karawane noch dringend um Spenden. Spendenkonto:
Initiative Grenzenlos, Sparkasse Halle; Kto: 38 13 08 546; BLZ: 800 537 62; Stichwort Karawane
email: mail@basicrights.de

Kein Abschiebeknast in Rendsburg und anderswo!

RENDSBURG. Ein bundesweites Treffen von Abschiebehaftgruppen ruft für den 2. November zu dezentralen Aktionen an Abschiebeknästen auf. Nähere Informationen findet ihr im Internet unter http://www.abschiebehaft.de.

Im November 2002 soll z.B. das Abschiebegefängnis in Rendsburg fertig sein. Bis zu 56 (männliche) Abschiebehäftlinge sollen hier einsitzen. Der Umbau der Jugendarrestanstalt in der Grafenstraße hat 1,2 Millionen Euro gekostet, der Betrieb wird pro Jahr 2 Millionen Euro verschlingen. Beim Umbau ging es vor allem darum, Freizeit- und Werkräume zu Zellen umzubauen, um Platz für mehr Gefangene zu schaffen und das Gefängnis ausbruchssicher zu machen. Gleichzeitig sollen Frauen in einer eigenen Abteilung im Frauengefängnis Lübeck eingesperrt werden, die Möglichkeit, Abschiebehäftlinge auch in normale Gefängnisse oder angemietete Plätze in Hamburger und Brandenburger Gefängnisse zu sperren, bleibt erhalten.

„Abschiebehaft ist keine Strafhaft", so Schleswig-Holsteins Justiz-Staatssekretär Wulf Jöhnk. Deshalb soll in Rendsburg „menschlicher" inhaftiert werden (LZ 11.04.2002). Das ändert nichts daran, dass für die Betroffenen die Inhaftierung völlig unverständlich bleibt, oft alte Traumata aktiviert werden und in der öffentlichen Wahrnehmung die Kriminalisierung und Stigmatisierung von MigrantInnen verstärkt wird.

Für den 2. November rufen wir zu einer Demonstration und einem Aktionstag auf. 12 Uhr Theatervorplatz

Kontakt: Netzwerk Asyl Rendsburg
mail: kontakt@netzwerk-asyl.de
www.netzwerk-asyl.de ■

Aufruf zur Legalisierung aller sans papiers in Europa

Die Situation der illegalen ImmigrantInnen, der sogenannten „Sans Papiers" in Frankreich, ist keine nationale Besonderheit. Überall in Europa warten Menschen in einer ähnlich auswegslosen Situation auf ein besseres Schicksal. Es ist diese europäische Ebene, auf der sich die Fragen stellen; es ist Europa, das darauf eine Antwort finden muss. So ist es jetzt an der Zeit, auf europäischer Ebene ein wahrhaftes Recht der MigrantInnen zu verankern.

Denn sie sind da. Einige zehn, vielleicht sogar einige hunderttausende auf der Gesamtheit des europäischen Territoriums. Diese Angehörigen armer, instabiler oder sich im Krieg befindender Länder haben Europa gewählt, für immer oder für einige Jahre. Die meisten von ihnen arbeiten dort, ziehen manchmal ihre Kinder groß; sie konsumieren; einige nehmen am Leben ihrer Viertel teil, handeln in ihrer nächsten Umgebung. Viele spielen eine wichtige Rolle in der Entwicklungshilfe für ihr Dorf oder ihre Region, oder ganz einfach für das Überleben vieler ihnen Nahestehender, die im Land geblieben sind. Sie tragen also sowohl zum wirtschaftlichen und kulturellen Reichtum Europas als auch zur Entwicklung des Rests der Welt bei.

Es ist unerträglich, es dabei zu belassen, dass diese Menschen, wovon einige schon seit Jahren mit uns leben, von allem ausgeschlossen bleiben, worauf die Staatsbürgerschaft gründet, dass sie in der permanenten Angst leben, abgeschoben zu werden, dass sie elementarer Rechte enthoben sind und dass sie zur Beute von Kriminellen jeglicher Art werden: illegale Arbeitgeber, Eigentümer von menschenunwürdigen Wohnungen, Zuhälter etc...

Das Argument des Irrealismus gegenüber denen, die sich gegen die Behandlung, die ihnen entgegengebracht wird, auflehnen, ist schon seit langer Zeit entkräftet worden: die europäischen sans-papiers sind da, weil sie Arbeit finden; und wenn sie wahrhaftige Rechte hätten, dann könnten sie auch in die Sozialversicherung einzahlen, und viele von ihnen würden aktiv werden und Arbeitsplätze schaffen. Das Risiko, einen „Sogeffekt" hervorzurufen, wurde bisher nicht bewiesen. Nichts sagt vorher, wenn man die Bewegungsfreiheit an den Pforten Europas begünstigt, dass man dann nicht Ein- und Ausreisen in beide Richtungen feststellen könnte, mit der spontanen Abreise derjenigen, die gerade ihr Glück in Europa versucht haben.

Was im Gegenzug dazu sicher ist, ist, dass der Respekt der Werte des Rechtsstaats den Kampf gegen jede Form der Ungleichheit mit einschließt und Sonderstatute, die Einzelnen zugewiesen werden, nicht tolerieren kann. Aus diesen Gründen halten wir es für gerecht zu fordern:

■ dass alle de facto Einwohner auf dem Gebiet der Europäischen Union dort, wo sie sind, einen Aufenthaltsstatus erhalten;

■ dass die europäischen politischen Instanzen es zu einer Verpflichtung aller Mitgliedsstaaten machen, diese Menschen gegen diejenigen zu schützen, die sie ausbeuten, und ihnen den Zugang zu Rechten garantieren, die aus ihrer Anwesenheit und ihrer Arbeit hervorgehen;

■ dass die Staaten der Europäischen Gemeinschaft Maßnahmen ergreifen, die auf die Abschaffung der Situationen zielen, in denen es Ausländer ohne Titel und ohne Recht gibt, und die einen Status des europäischen Einwohners einführen;

■ dass Europa das Recht auf Freizügigkeit für alle, ohne Ansehen der Staatsangehörigkeit, als Grundsatz aufnimmt;

■ dass in kürzester Zeit die Frage der jetzigen sans-papiers durch eine Richtlinie geregelt wird, die die Mitgliedsstaaten dazu verpflichtet, zu einer Legalisierung aller sans-papiers überzugehen. *13.9.2002 (gekürzt)* ■

Erstunterzeichner aus Belgium, France, Germany (bisher nur Verein zur Förderung und Integration ausländischer Jugendlicher (Saarbrücken), Italy, Portugal, United Kingdom. Neue Organisationsunterschriften (nicht individuelle Unterschriften), sind durch Fax (auf französisch, englisch, spanisch oder italienisch) an die 00 (33) 1.43.14.60.69 oder durch mail an regul-europe@ras.eu.org. zu senden

Neues Buch: „Am Roland hing ein Hakenkreuz“

Mit dem Brettspiel auf Kinderfang

„Am Roland hing ein Hakenkreuz“ – Unter diesem Titel, das die braune „Dekoration“ des berühmten Wahrzeichens auf dem Bremer Marktplatz anspricht, erinnern sich zahlreiche Hansestädterinnen und Hansestädter in einem neuen Buch an ihre Kindheit und Jugendzeit unter dem Naziregime. Das 143-seitige Werk ist als Katalog zu einer Ausstellung der Schulgeschichtlichen Sammlung in der Unteren Rathaushalle erschienen. Zu ihr hatten 250 inzwischen ergraute Bremerinnen und Bremer Sammlerstücke beigesteuert. (s. auch AN-20/2002)

In seinem Vorwort mahnt Bremens Bürgermeister und Senatspräsident Dr. Henning Scherf (SPD): „Wenn man nicht zur Kenntnis nimmt, wie normal viele Kinder den Alltag unter Hitler empfanden, wie akzeptiert und gebraucht Jugendliche sich fühlten, versteht man nur einen Teil von diesem deutschen Geschichtskapitel. Damit politische Verführer nicht noch einmal so leicht Gehör finden, müssen wir wissen, wie junge Menschen nach 1933 dazu gebracht wurden, sich mit der Nazidiktatur zu identifizieren – und auch, wie schwer die Enttäuschung über ihren Missbrauch wog, als 1945 alles zusammenbrach.“

Auf die reinigende Kraft der Auseinandersetzung mit der Geschichte macht auch Dr. Thea Bauriedl in ihrem Einleitungstext aufmerksam. Die Psychoanalytikerin und Dozentin an der Universität München schreibt: „Die eigenen oder historisch vermittelten Erfahrungen können uns als frühzeitige Warnung dienen. Sie lassen uns wachsam sein gegenüber der Gefahr, Opfer oder Täter von Grenzüberschreitungen zu werden, und helfen uns, solche Vorgänge in unserem Umfeld wahrzunehmen.“ Was das von der Schulgeschichtlichen Sammlung herausgegebene Buch so spannend, wertvoll und lesenswert macht, sind die Details aus dem Alltag.

Dabei spannt sich der Bogen von Gegenständen aus dem häuslichen Bereich und der Schule unter dem Diktat der NS-Ideologie über den Leidensweg jüdischer Schülerinnen und Schüler in Bremen bis hin zu den Themen „Jugendliche im Reichsarbeitsdienst“ und „Schulerfahrung im Luftkrieg“ sowie zur Kinderverschickung während des Krieges und zum Einsatz Bremer Mädchen und Jungen zu Kriegshilfsdiensten.

Aus dem Schach wurde „Wehrschach“

Wie sehr die Nazis die Kinder und Jugendlichen zu manipulieren trachteten, wird zum Beispiel bei einem Blick auf den Spielzeugmarkt deutlich. Wenn „Mensch ärgere dich nicht“ in „Der Mann muss hinaus“ umbenannt oder das Brettspiel „Die Reichsautobahnen im Großdeutschen Reich“ entwickelt wurde, dann hatte das natürlich einen handfesten ideologischen Hintergrund. Das Autobahnen-Spiel war gleich in mehreren Varianten erhältlich – darunter einer, bei der sich die Spieler auf einen Sternmarsch zu einem Reichsparteitag der NSDAP in Nürnberg aufmachen sollten. Ausgerechnet die von Hans Porst arisierte Spielzeugfabrik der jüdischen Brüder Spear spezialisierte sich ab 1938/39 auf kriegshetzerische Spiele wie „Bomben auf England“ oder „U-Boote fahren gegen England“.

Nachdem der Weltkrieg angezettelt worden war, trugen Spiele wie „Feind hört mit“ zu einer passenden Stimmung in der Bevölkerung bei. Dieses Brettspiel wollte Kinder und die mitspielenden Eltern gegen das Hören von Feindsendern einnehmen. Selbst das gute alte Schach wurde militarisiert und avancierte ab 1940 zum „Wehrschach“. Die braunen Machthaber verfügten, dass es an den Schulen und bei der Wehrmacht, bei der Hitler-Jugend und dem Reichsarbeitsdienst gespielt werden sollte.

Klar, dass auch die Zeitschriften und Bücher für das jüngere Publikum systemstützend auftreten mussten.

Das Fernsehen gab es bekanntlich noch nicht und der Radioapparat musste sich erst durchsetzen. Ein negatives Musterbeispiel für braune Propaganda zwischen zwei Buchdeckeln ist der Titel „Der Giftpilz“ von Ernst Hiemer. In diesem 1938 veröffentlichten Kinderbuch wird der Antisemitismus geschürt. Leitfaden ist der Satz: „Wie die Giftpilze oft schwer von den guten Pilzen zu unterscheiden sind, so ist es oft schwer, die Juden als Gauner und Verbrecher zu erkennen.“

Dass die ideologische Durchdringung vor Schulbüchern logischerweise keinen Halt machte, verdeutlicht zum Beispiel das Kapitel über Schulerfahrungen im Luftkrieg, das in „Am Roland hing ein Hakenkreuz“ enthalten ist. Darin wird dargelegt, dass selbst naturwissenschaftliche Unterrichtswerke eine bestimmte „Mission“ zu erfüllen hatten. So entpuppt sich sogar ein simples Chemie-Schulbuch für Mädchen an Mittelschulen, das 1942 auf die Lehrerkanzeln und Schülertische kam, als nationalsozialistisches Sprachrohr. Dort steht im Abschnitt „Die Frau im Luftschutz“ geschrieben: „Da viele Männer im Kriegsfalle an der Front stehen oder in den Betrieben für die Landesverteidigung arbeiten, ist der Selbstschutz vor allem Aufgabe der Frau und auch der Jugend. Daher forderte Hermann Göring in einer großen Rede die deutsche Frau zur Mitarbeit im Luftschutz auf. Eine Mutter hat nach seinen Worten bei Luftgefahr nicht nur die Aufgabe, für Gesundheit und Leben ihrer Kinder zu sorgen, sondern sich auch tapfer und selbstlos für die Volksgemeinschaft einzusetzen.“

Thomas Klaus ■

Das reich illustrierte Buch „Am Roland hing ein Hakenkreuz“ kostet 15 Euro und ist im Verlag H.M. Hauschild, Bremen, erschienen, ISBN 3-89757-155-2.

Mythos Wehrmacht – Nachkriegsdebatten und Traditionspflege



Unter diesem Titel erschienen Ende 2001 im Aufbau Verlag drei Studien von Detlef Bald, Johannes Klotz und Wolfram Wette. Die drei Historiker haben sich durch zahlreiche Arbeiten auf diesem Gebiet einen Namen gemacht: Bald als wissenschaftlicher Direktor für den Bereich „Militär und Gesellschaft“ am Institut der Bundeswehr, Klotz als Publizist und Wette als Mitarbeiter des Militärgeschichtlichen Forschungsamts in Freiburg.

Detlef Bald hatte u.a. letztes Jahr auf Einladung der BO Linkes Forum der PDS München über die neue Militärpolitik der NATO und der Bundeswehr referiert.

Sein Beitrag beschäftigt sich mit der Gründung und

Entwicklung der Bundeswehr. Bald zeigt auf, wie stark der Einfluß der Traditionen der Wehrmacht und Reichswehr bei ihrer Gründung war. Die Kenntnis vom antiliberalen, antiparlamentarischen und antirepublikanischen Autoritarismus der Wehrmacht voraussetzend, beginnt er bei den Versuchen der Wehrmachtsführung 1945, einen Widerspruch zwischen Militär und NS-Staat zu konstruieren und über das Lob des „heldenhaften“ und „ehrenvollen“ Kampfes die Legende von der „sauberen Wehrmacht“ in die Welt zu setzen. Er beschreibt, wie es den Generalen und Offizieren der Wehrmacht nach dem Krieg sogar gelingt, dieses Bild zu festigen und darüber hinaus die angebliche Professionalität der Kriegführung gegen die Sowjetunion in den Vordergrund zu stellen, um so eine symbiotische Verknüpfung des „Ostfeldzugs“ mit dem Kalten Krieg zu erreichen. Damit waren entscheidende Voraussetzungen dafür gegeben, dass sich die alte Wehrmachtsgeneralität bei der Gründung der Bundeswehr in den wesentlichen Punkten gegen die Reformer um Graf Baudussin durchsetzen konnte.

Mit viel Detailwissen beschreibt Bald ausführlich diese Auseinandersetzung, die sich wie ein roter Faden durch die Geschichte der Bundeswehr in der alten BRD zieht. Für Uneingeweihte ist dabei oft verblüffend, mit welch of-fen militaristischen und antidemokratischen Haltungen den Ideen der inneren Führung und des Staatsbürgers in Uniform sowie den sozialdemokratischen Reformen der 70er Jahre aus den Reihen der Bundeswehroffiziere und Generale entgegnet wurde. Vor dem „verhängnisvollen Konzept“ dieser Reformen warnend, die in den Augen der Traditionalisten die Bundeswehr zu einer Friedensarmee verkommen ließen, setzten sie die Forderung nach einem Selbstverständnis der Bundeswehr als „Kampf-, Schicksals- und Notgemeinschaft“ (Schnez-Studie) entgegen, deren Werte durch „spezifisch soldatische Normen“ wie Effizienz und Kampfeswille geprägt sein müssten. Bald beschreibt, wie die Traditionalisten durch die „geistig-moralische Wende“ nach 1982 schließlich wieder offen die Oberhand gewannen.

Seine Darstellung endet mit der Schilderung von Tendenzen der 90-er Jahre, die Bundeswehr wieder stärker von der Gesellschaft abzukoppeln und den Krieg als eigentliches We-sen ihrer Tätigkeit zu propa-gieren. Es gilt nicht länger: „Der Friede ist der Ernstfall“ (Heinemann), sondern „Der Krieg ist der Ernstfall“.

Auch Wettes Beitrag beschäftigt sich mit der Grün-dung der Bundeswehr, jedoch unter besonderer Berücksichtigung der Personalpolitik. Er verweist auf die tiefe Diskrepanz zwischen den offi-ziellen Richtlinien zur Auswahl der Offiziere sowie den proklamierten Ansprüchen bezüglich ihrer moralischen und politischen Integrität einerseits und der personellen Kontinuität zur Wehrmacht andererseits.

Wette schildert das System, mit dem es gelang, die Bundeswehr mehrheitlich aus Wehrmachtsoffizieren aufzubauen und die Machenschaften und Dreistigkeiten der entsprechenden Untersuchungsausschüsse, die es zum Beispiel ermöglichten, dass jemand der erste Generalinspekteur der Bundeswehr werden konnte, der 1940-44 als Chef der Operationsabteilung des Obersten Heereskommandos (OKH) an der Leitung des Vernichtungsfeldzugs ge-gen die Sowjetunion beteiligt war. In diesem Zusammenhang untersucht Wette auch die Sichtweisen der verschiedenen politischen Strömungen auf die Schlacht von Stalingrad. Dabei geht es ihm offensichtlich darum, den gesellschaft-lichen Konsens aufzuzeigen, in dem die Wiederbewaffnung erfolgen konnte. Wette kommt dabei zu dem Schluss, dass die wehrmachtsapologetischen Sichtweisen, die die Gesamtverantwortung auf den „Dä-mon“ Hitler hin kanalisierten oder sie beim „Schicksal“ abluden, die westdeutsche Erin-nerung jahrzehntelang prägten.

Balds und Wettes Beitrag sind weit mehr als historische Anmerkungen. Indem sie die Kontinuität des deutschen Militarismus und seiner Ideale aufzeigen, zerstören sie das heutzutage weit verbreitete Bild von der Bundeswehr als Friedenstruppe. Um es in der Sprache der Militärs zu sagen: Ihre Beiträge sind in höchstem Maße wehrkraftzersetzend.

Dieser Umstand mag es sein, der die Süddeutsche Zeitung zu einem gehässigen Verriss der beiden Beiträge bewogen hat. Jedenfalls könnten die von Bald und Wette geschilderten Fakten eine Zeitung, die mit moralisch und ethisch hochtrabenden Ansprüchen den Angriff der Bundeswehr auf Jugoslawien gefordert hat, ganz schön ins Schwitzen bringen.

Der Beitrag von Klotz beschäftigt sich mit der Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht.“ und ihrer Überarbeitung. Er sieht die Brisanz dieser Ausstellung darin, dass erstmalig der Vernichtungscharakter des Krieges einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden sei. „Der Jedermann wurde in Verantwortung genommen ... Das Ungeheuerliche lag in der öffentlichen Aufdeckung der Legende von der ‚sauberen Wehrmacht‘ ... Die deutsche Wehrmacht zählte mehr als 18 Millionen Soldaten. Fast jede Familie war also in irgendeiner Weise in dieses ungeheuerliche Verbrechen involviert.“ Durch diese Fakten seien jedoch nicht nur die Wehrmachtslegende angegriffen worden, sondern auch Werteordnung, nationale Identität und politische Traditionen, die durch den Mythos verdeckt worden waren. Dies habe den entschiedenen Widerstand der Rechten hervorgerufen, der, so Klotz, schließlich in München eskalierte. Ausführlich schildert er die Auseinandersetzungen im Münchner Stadtrat, in denen die Reaktion (CSU und BFB) gegen die Ausstellung Sturm lief. Hier hat Klotz sehr genau beobachtet: weder vergisst er die politische Situation in München, als die Ausstellung im Stadtrat eröffnet wurde, noch beschränkt er den Blick auf das Rathaus. So zitiert er nicht nur Manfred Brunner, sondern auch den Bayernkurier, der vor der „Linken“ (also den Ausstellungsmachern) warnte, sie würde „daran arbeiten, die Strafmaßnahmen von Nürnberg gegen Deutschland noch zu verschärfen und einen moralischen Vernichtungsfeldzug gegen das deutsche Volk zu führen.“

Über die Aufnahme der „demagogischen“ (CDU Bremen) Ausstellung bei den Unionsparteien, Vertriebenen-, Soldaten- und Traditionsverbänden schlägt Klotz den Bogen zum Zusammenhang zwischen der Wehrmachtsdebatte und der „neuen Bundeswehr“. Diesen lässt er den Generalinspekteur Klaus Naumann formulieren: „Wir haben infolge unseres Verhaftetseins aus geschichtlicher Erfahrung in einem Versöhnungs- und Friedenspathos Probleme, uns mit der legitimen Anwendung von Gegengewalt auseinanderzusetzen ... Solange wir diesen Widerspruch nicht auflösen und uns zu militärischer Machtanwendung bekennen, werden wir im zusammenwachsenden Europa eine untergeordnete Rolle spielen, werden Politik- und Handlungsfähigkeit verlieren.“ (Naumann, 1992, Vorlage zu den „Verteidigungspolitischen Richtlinien“) Die Ausstellung wurde zum Politikum, so Klotz, weil sie den eingeschlagenen militärpolitischen Weg der Berliner Republik zur „Normalität“ gefährden könnte.

Klotz beschreibt, wie diese Auseinandersetzung von Leserbriefspalten über FAZ-Leitartikel bis hin zu Bundestagsdebatten geführt und schließlich durch den Fälschungsverdacht gekrönt wurde. In der ernsthaften Auseinandersetzung mit diesen Vorwürfen findet Klotz seine Ansicht bestätigt, dass die Ausstellung immer dem Stand der historischen Forschung entsprochen hat. Dies zeige auch der Bericht der 1999 eingesetzten Historiker-Kommission, dessen Inhalt und seine Aufnahme in der Presse Klotz kritisch darstellt. Obwohl das 2001 erschienene Buch noch keine Kritik der

überarbeiteten Ausstellung enthält, scheint es mir in Anbetracht ihrer Eröffnung am 11.10. in München und des am 12.10. geplanten Naziaufmarsches sinnvoll, sich die Auseinandersetzung um die Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht“ und die damit verbundenen Kräftekonstellationen nochmals in Erinnerung zu rufen. Rätselhaft bleibt mir auch nach der zweiten Durchsicht der drei Beiträge, wie der Rezensent der SZ Bald und Wette verreißen, Klotz aber loben kann. Sicher redet Klotz seltener von der Bundeswehr und öfter über die Wehrmacht als seine Kollegen, aber der inhärente Zusammenhang dieser beiden Militärorganisationen wird von allen dreien immer wieder kritisch dargelegt. Ein ganz ausgezeichnetes Buch. *fb* ■

Detlef Bald, Johannes Klotz, Wolfram Wette: Mythos Wehrmacht – Nachkriegsdebatten und Traditionspflege. Mit einem Geleitwort von Manfred Messerschmidt. Aufbau Taschenbuch Verlag, Berlin 2001, ISBN 3-7466-8072-7, EUR 8.50

Ein Verbrechen - Ein Prozess - Ein Skandal - Ein Buch - Eine Ausstellung

Es geht um wiederholte NATO-Angriffe auf die Zivilbevölkerung der Bundesrepublik Jugoslawien in einem Krieg von 78 Tagen, der als sogannter Kosovo-Konflikt verharmlosend und tatsachenentstellend in der deutschen Mainstream-Presse dargestellt wird. Die Bild- und Textautorin Gabriele Senft ist ganz dicht am Thema Kriegsverbrechen und an der Sache der Opferentschädigung. Durch ihre Publikation lassen sich die Zusammenhänge bis in die Details nachverfolgen: sie gibt den Opfern Namen und Gesicht, sie fotografiert die Angehörigen der Opfer, führt Interviews, verfasst Protokolle. Was war geschehen in der 4000 Einwohner kleinen, 200km südlich von Belgrad gelegenen ländlich anmutenden Stadt? Zur Mittagszeit an einem strahlend blauen Tag, dem 30. Mai 1999 fliegen NATO-Soldaten zwei Angriffe auf die ausschließlich zivil nutzbare Brücke und feuern ohne Vorwarnung auf die Zivilbevölkerung. In einer zweiten Angriffswelle sterben noch mehr Menschen, nämlich diejenigen, die den Opfern des ersten Angriffs zu Hilfe



eilten. Milivoje Civic, der Pfarrer des Ortes, wird knieend im Gebet enthauptet.

Mit der Unterstützung eines Projektrates führen die Hinterbliebenen einen Prozess auf Schadensersatzleistung gegen die Bundesrepublik Deutschland als Mitbeteiligte. Aber die Opfer sollen schweigen. Die Prozesskosten sind als Vorschuss zu leisten. Mehrere Zehntausend DM haben die Opfer natürlich nicht. Daher ist im Buch ein Spendenkonto genannt: Vereinigung Demokratischer Juristen e.V., Berliner Sparkasse, BLZ 100 500 00, Kto 33522014, Verwendung: „Schadensersatz für Kriegsopfer“. *af* ■

Im Scheunenverlag Kückenshagen ist das Buch erschienen: Gabriele Senft. Die Brücke von Varvarin, 20x20cm, 120 Seiten, über 100 Fotos, Vorwort Bernhard Graefrath, zweite Auflage, 12 Euro, ISBN 3-9343-01-56-8.

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.

Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (MdB Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Forum kommunistischer Arbeitsgemeinschaften); Martin Dietzsch; Regina Girod (Bund der Antifaschisten, Dachverband); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke, (MdB PDS); Jochen Koeniger (Arbeitsgruppe gegen Militarismus und Repression); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg – Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; AG Antifaschismus/ Antirassismus in der PDS NRW; Angelo Lucifero (Landesleiter hbv in ver.di Thüringen); Kai Metzner (Info Pool Network); Bernhard Strasdeit (MdB-Büro Winfried Wolf); Volkmar Wölk.

: ostritt

Im Auftrag der EU erstellte der deutsche Völkerrechtler Jochen Frowein ein Gutachten über die rechtlichen Auswirkungen der Benes-Dekrete auf einen EU-Beitritt Tschechiens. Daran haben die Konservativen Kräfte erst einmal zu knabbern. Die FAZ schreibt am 2. Oktober: „Rechtliche Gründe stünden dem EU-Beitritt der Tschechischen Republik nicht entgegen: Mit der Rechtsordnung der Europäischen Union seien nicht nur die Benes-Dekrete vereinbar, auf deren Grundlage nach dem Zweiten Weltkrieg die Deutschen und Ungarn der Tschechoslowakei entrechtet und enteignet wurden, sondern auch das Gesetz Nr. 115/1946, das „gerechte Vergeltung“ für straffrei erklärt, müsse nicht aus der tschechischen Rechtsordnung gestrichen werden. Zu dieser Auffassung, die sich fast zur Gänze mit jener der tschechischen Regierung und des EU-Kommissars Verbeugen deckt, gelangte der deutsche Völkerrechtler Jochen Frowein in einem Gutachten, das er im Auftrag des Europäischen Parlaments ‚über die Benes-Dekrete und damit zusammenhängende Fragen‘ vorgelegt hat.“

Die Nr. 19 des Deutsche Ostdienst erscheint mit einer umfangreichen vierfarbigen Beilage. Dort werden Reden und Grußworte von der Festveranstaltung zum Tag der Heimat 2002 in Berlin veröffentlicht. Grußworte von Bündnis 90/Die Grünen und der PDS sind erfreulicherweise nicht abgegeben bzw. veröffentlicht, ansonsten finden sich viele Ministerpräsidenten und Vertreter von CDU und SPD.

Das ND vom 2. Oktober macht in einem Artikel von Daniel Kilpert darauf aufmerksam, dass bei den Festveranstaltungen zum Tag der Heimat „auch ausgewiesene Rechtsradikale zu Wort“ gekommen sind: „Da ist zum Beispiel Hans-Ulrich Kopp, bis 1998 Vorsitzender des Altherrenverbandes der rechtsextremen Burschenschaft Danubia. 1989 fungierte er als Mitherausgeber der Studentenzeitschrift ‚Münchener Freiheit‘ aus der die vom Verfassungsschutz beobachtete ‚Junge Freiheit‘ hervorging … Auch der Vertriebenenfunktionär Bernd Kallina, als Redakteur des Deutschlandfunk angekündigt, ist Mitglied der Danubia. Zeitweise Funktionär der NPD und ihrer Jugendorganisation, wurde er 1986 in den Bundesvorstand des Wittikobundes gewählt … Der Pressereferent der Landesmannschaft Ostpreußen, Bernd Knapstein, war zuletzt auch Mitglied im neofaschistischen ‚Bund Deutscher Unitarier Religionsgemeinschaft‘ … In der Grauzone zwischen Konservativen und Rechtsradikalen wandelt auch Pater Lothar Groppe. *Fortsetzung Seite 16*

Neben Schill auch die Republikaner-Karte

Junge Freiheit Nr. 39/2002 vom 20. September 2002

Nachdem das Blatt über Wochen vor allem über die Schill-Partei berichtet hat, findet sich in der letzten Ausgabe vor der Bundestagswahl nun ein Interview mit dem Republikaner-Vorsitzenden *Rolf Schlierer*, der als Wahlkampf-Konzept der Republikaner beschreibt: „Deswegen glaube ich, dass es möglich ist, Protestwähler aufgrund ganz bestimmter Missstände zu reaktivieren. Das ist ein Konzept, das wir verfolgen. Wir machen nicht Wahlwerbung für Protest ganz allgemein, sondern wir beziehen das auf konkrete Themen." Schlierer sagt der Schill-Partei ein baldiges Ende voraus und teilt mit, dass der Wiedereinzug in den Landtag Baden-Württemberg der Schwerpunkt der Republikaner sei.

Keine Zusammenarbeit der Rechten

Junge Freiheit Nr. 40/2002 vom 27. September 2002

Heiner Kappel, von der FDP abgewandert zum Bundesvorsitzenden der Deutschen Partei, die bei dieser Bundestagswahl nicht flächendeckend kandidiert hat, erklärt: „Der Zusammenschluss zu einer bürgerlich-rechten Partei wäre seit Jahren fällig gewesen. Aber Selbstgefälligkeit, Selbstüberschätzung und Kompromissunfähigkeit haben jeden Versuch zur schlagkräftigen und politisch wirksamen Gemeinsamkeit unmöglich gemacht." Rolf Schlierer hingegen, dessen Partei mit nur noch 0,6% aus dieser Bundestagswahl herauskam, erklärt: „Nach jeder Wahl blüht er wieder auf: Der Traum der vereinten Rechten. Das unstillbare Harmoniebedürfnis der Rechten und die Chimäre von einem gewaltigen Wählerpotential, das sich nach einer rechten Einheitspartei sehnt, hält die Illusion am Leben, obwohl alle Einigungsbemühungen der letzten Jahre gescheitert sind." Schlierer meint, die Rechte habe ein Funktionärsproblem, Kappel glaubt, nur eine baldige Vereinigung könne die Rechte noch retten.

Unionsparteien vor dem Untergang?

Junge Freiheit Nr. 41/2002 vom 4. Oktober 2002

Nachdem in den letzten beiden Ausgaben auch die schwierige Situation der rechten Parteien ein Thema war, sind nun die Unionsparteien dran. Die Hauptüberschrift auf Seite 1 ist wirklich „Vor dem Untergang – Die CDU kann nur durch noch größere Wählerflucht zur Vernunft kommen." *Dieter Stein* verlangt, die Union müsse sich hinsichtlich der Staatsquote, der Zuwanderungsgesetzgebung, der Förderung plebiszitärer Elemente deutlich von der SPD abgrenzen und folgert: „Die Anbiederung an die SPD einerseits und die Erosion des konservativen Flügels andererseits, gekoppelt mit einem mangelhaften Reformkonzept für Staat und Gesellschaft, haben die Union in die Defensive getrieben. Es bedarf wohl noch stärkerer Wählerflucht, damit diese Erkenntnis zur Unions-Spitze durchdringt. Solange kann sich die SPD ihrer Führung in Deutschland sicher sein."

„Nationale Blutarmut"

Nationalzeitung 40/41-2002

„Gerhard Schröder ist mit einem nationalen Souveränitätskurs wieder Bundeskanzler geworden. Edmund Stoiber ist an nationaler Blutarmut gescheitert. Wahlen werden in Deutschland – und zwar auch noch aus scheinbar aussichtsloser Situation heraus – ‚deutsch' gewonnen. Wer sich als Neutrum gibt, wie die C-Parteien, wird vom Wähler abgewatscht."

So kommentiert das Blatt (Autor GFj, Gerhard Frey junior?) das Ergebnis der Bundestagswahl. Auch im Vorfeld der Wahl hatte sich das Blatt bereits für Schröder ausgesprochen, nachdem dieser eine Beteiligung an einem Krieg gegen den Irak abgelehnt hatte. „Der vorauseilende Gehorsam Stoibers und seines Anhangs gegenüber dem Großen Bruder kam beim Wähler schlecht an", so Dr. Frey in seinem eigenen Kommentar.

Genüsslich wird auch die Niederlage Schills zur Kenntnis genommen – „Ein Komet verglühte". Bedauert wird dagegen (natürlich) Möllemann, denn wenn es gegen Israel ist, ist man gerne mit dabei. „Was hat er eigentlich verbrochen?" fragt das Blatt und kommentiert, angesichts des hervorragenden Wahlergebnisses für die FDP in NRW betreibe die FDP mit dem Druck auf Möllemann, von allen Ämtern zurückzutreten, ihren „eigenen Selbstmord".

uld, u.b. ■

Fortsetzung „Ostritt" von Seite 15

1963/71 war er Dozent an der Führungsakademie der Bundeswehr … Groppe ist Mitglied des 1991 gegründeten Konservativen Büros in Bielefeld, das Menschen mit betont ‚patriotischer Grundorientierung' um sich sammeln will." In den Antifaschistischen Nachrichten hatten wir in den vergangenen Jahren mehrfach auch auf solche Redner aufmerksam gemacht. Die Frage bleibt an Erika Steinbach: Ist das keine Zusammenarbeit mit Rechtsextremen?

Das Blatt befasst sich mit einem historischen Aufsatz über den 50. Jahrestages des Lastenausgleich – „Bilanz einer einmaligen Solidarleistung des deutschen Volkes" wie es dort heißt: „Auf 143 Mrd. DM belaufen sich die Gesamteinnahmen des Ausgleichsfonds … Die Grundbeträge der Hauptentschädigung unterlagen allerdings bei Schäden ab 4800 Reichsmark der Degression. Je höher der ermittelte Schaden, desto niedriger der Grundbetrag der Hauptentschädigung. Während der Grundbetrag der Hauptentschädigung bei Schäden bis zu 4800 Reichsmark 100 Prozent des Schadensbetrages ausmachte, lag er bei einem Schadensbetrag von 100000 Reichsmark nur noch bei etwa 25% und konnte weiter sinken."

DOD Nr. 19/2002 – jöd ■